



Kommission „Bochum – heute, morgen, übermorgen“

Erster Bericht

Frühjahr 2017

Der Vorstand des SPD-Unterbezirks Bochum hat am 14. Dezember 2015 eine Zukunftskommission eingesetzt. Mit dem Bericht der Zukunftskommission intensiviert die SPD Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern sowie gesellschaftlichen Gruppen über die Gestaltung der Zukunft Bochums. Sie können auch als Grundlage dienen, mit anderen Parteien im Rat zu dessen Entscheidungen beizutragen. An der Arbeit der Kommission sind nicht nur Mitglieder der SPD beteiligt, sondern auch Persönlichkeiten, die der SPD nicht angehören.

An den Sitzungen der Kommission haben bislang Prof. Dr. Christoph Zöpel als Vorsitzender, Prof. Dr. Jörg Bogumil, Torsten Bölting, Dr. Markus Dicks, Dr. Bastian Hartmann, Prof. Dr. Heike Kehlbeck, Dr. Dieter Kraemer, Thorsten Kröger, Jörg-Uwe Kuberski, Klaus Leuchtmann, Martin Oldengott, Heinz Rittermeier, Ulrich Wicking teilgenommen.

Zu einzelnen kommunalpolitischen Handlungsbereichen wurden als Informationspartner Dr. Manfred Busch, Ulf Dannehl, Eckart Kröck, Ralf Meyer, Luidger Wolterhoff eingeladen. Die Kommission hat sich für ihre Arbeit das Leitmotiv „Bochum – heute, morgen, übermorgen“ gegeben.

Mit diesem ersten Bericht ist die Arbeit nicht abgeschlossen. Zu einzelnen Handlungsbereichen ist deshalb ausdrücklich darauf verwiesen, dass hier die Fortsetzung der Arbeit besonders erforderlich ist. Die entsprechenden Texte sind daher häufig nur Skizzen, die noch nicht vertieft ausdiskutiert wurden, und die damit keinen Anspruch auf fachliche Genauigkeit erheben können. Gerade dazu sind also ggf. Widerspruch oder Korrekturen in der weiteren Diskussion erwünscht.

Für die Entwicklung Bochums sieht die Zukunftskommission **sechs große stadtpolitische Handlungsfelder**:

1. Das sind die großartigen Standortmöglichkeiten, die sich jetzt, 50 Jahre nach ihrer Gründung, durch die Ruhr-Universität im Verbund mit sieben anderen Hochschulen ergeben.

2. Das ist die Fähigkeit Bochums neue Technologien, sozialökonomische Innovationen und schöpferische Kreativität zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung hervorzubringen.

3. Das ist die Tatsache, dass die meisten Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor arbeiten. Industrielle Produktion ist zwar für die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung, aber nur ein geringer Teil der Arbeitsuchenden wird dort arbeiten. Dem muss die Arbeitsmarktpolitik für Bochum entsprechen.

4. Das sind - in anderen Städten des „Ruhrgebiets“ noch ausgeprägter - große sozialökonomische Unterschiede zwischen Gruppen von Einwohnern, die sich teilweise in den Strukturen von Stadtteilen niederschlagen. Dies zeigt sich insbesondere in Unterschieden bei den Bildungschancen von Kindern. Dies muss überwunden werden.

5. Das ist eine Fortentwicklung der stadträumlichen Bedingungen vieler Stadtteile – durch Verbesserung des Wohnungsbestands, den Neubau von Wohnungen unterschiedlicher Ansprüche, durch Regeneration abgewerteter Quartiere, durch nachhaltige Verbesserung der Mobilitätsverhältnisse, durch attraktivere Freizeitmöglichkeiten.

6. Das ist die Stärkung der Identität der Stadt und ihrer Stadtteile, durch Bewahrung vorindustrieller und industrieller Vergangenheit, durch Pflege vielfältiger Kulturangebote und Aufbruch zu einem Standort in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts.

Erfolgreiches politisches Handeln in diesen Feldern setzt notwendig Wissen über die ganz besonderen sozialökonomischen Benachteiligungen Bochums als Stadt im „Ruhrgebiet“ und über die Veränderungen, die sich hier in den letzten Jahrzehnten vollzogen haben, voraus.

Die diesen **Handlungsfeldern** entsprechenden Ziele, Strategien und Maßnahmen lassen sich in sechs Abschnitten mit Unterabschnitten darstellen:

1. Bochum als Lebens- und Sozialraum

Hier stellen sich Fragen, die auf Antworten warten:

- nach Nachhaltigkeit durch Integration von Lebensraum und Wirtschaftsstandort,
- nach der Entwicklung des öffentlichen Raumes,
- nach Sicherheit durch Konfliktvermeidung,
- angesichts der wieder steigenden Bevölkerungsentwicklung mit dem Ziel einer stabilen Bevölkerungszahl über 2030 hinaus,
- nach Zuwanderung, Integration und ethnischer Vielfalt,
- zum steigenden Bedarf an sozialgerechtem Wohnraum,
- nach schulischer Bildung für alle, nach Förderung des Berufseinstiegs,
- nach sozialer und fachlicher Weiterqualifizierung,

- nach der Mobilität zu Fuß, per Rad, per Auto, mit dem ÖPNV, ob sie wirtschafts-, kinder-, alten-, behindertengerecht ist,
- nach vielfältigen Möglichkeiten für Freizeit und Kultur,
- nach bürgergesellschaftlichem Engagement.

2. Bochum als Wirtschafts-, Arbeits- und Qualifizierungsstandort

Hier stellen sich Fragen, die auf Antworten warten:

- nach den Konsequenzen sich ändernder sektoraler Verteilung der Wirtschaftsleistung und der Arbeitsplätze,
- nach den Folgen technologischer Veränderungen mit sozialökonomischer Bedeutung,
- nach Arbeitsmarktperspektiven für alle,
- nach ausreichenden Standorten für Produktion, Dienstleistungen und Handel,
- nach Einbeziehung der Wirtschafts- und Arbeitsstandorte in die stadträumliche Entwicklung der gesamten Stadt und der einzelnen Quartiere,
- nach beruflicher Qualifizierung und lebenslangem Lernen,
- nach der überragenden sozialökonomischen Bedeutung von 8 Hochschulen mit über 55 000 Studierenden und über 10 000 Beschäftigten,
- nach der erforderlichen herkömmlichen wie digitalen Infrastruktur,
- nach klimagerechter Energieversorgung.

3. Bochum – Stadt in der polyzentralen Kulturlandschaft Ruhr mit metropolitanen Chancen:

Hier stellen sich Fragen, die auf Antworten warten:

- wie die Kulturlandschaft weiter gestaltet werden kann,
- nach dem Bewahren der industriellen Prägung,
- nach der Mitwirkung Bochums an der Entwicklung der Agglomeration Ruhr hin zu metropolitanen Funktionen,
- nach den metropolitanen Funktionen, die dabei in Bochum entstehen können.

4. Bochum - polyzentral mit Zentrum, Stadtteilen und Quartieren

Hier stellen sich Fragen, die auf Antworten warten:

- nach der räumlichen Integration Bochums,
- nach Bochums Dezentralisierung in Stadtteile und Quartiere mit jeweils besonderen Herausforderungen.

5. Bochums Entwicklung im gegebenen institutionellen und finanziellen Rahmen

Hier stellen sich Fragen, die auf Antworten warten:

- nach einer bürgerfreundlichen Verwaltung,
- nach den finanziellen Möglichkeiten,
- nach der Handlungsfähigkeit der kommunalen Unternehmen wie Sparkasse, Stadtwerke, Bogestra, Vereinigte Bochumer Wohnungsgesellschaft,
- nach dem Einfluss des Landes Nordrhein-Westfalen, der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union auf Bochum.

6. Bochum zu besserer Kommunikation als Stadt in der Metropole Ruhr fähig

Hier stellen sich Fragen, die auf Antworten warten:

- nach einem Stadtmarketing mit einem Markenkonzent für Bochum,
- nach einer Kommunikationsstrategie, die Bochum liebenswert für seine Einwohner und Unternehmen macht.

Die Ziele, Strategien und Maßnahmen sind die der SPD -

- einer großen Partei in der demokratischen Stadt Bochum,
- die für alle da ist und allen Chancen zu gutem Leben eröffnen will.

A. Die SPD in einer demokratischen Stadt

Die SPD Bochum stellt den Bürgerinnen und Bürgern Bochums und allen, die Bochum interessiert, mit den Berichten ihrer Zukunftskommission ihre Vorstellungen und Ziele von der Entwicklung unserer Stadt vor: **Bochum – heute, morgen, übermorgen.**

In diesem ersten Bericht konzentriert sich die Kommission auf Bochum als Wirtschafts- und Arbeitsstandort sowie auf Ziele, Strategien und Maßnahmen im Handlungsbereich der schulischen Bildung für alle.

Dieser erste Bericht soll mit den Bürgerinnen und Bürgern Bochums und innerhalb der SPD diskutiert werden, für die Stadt insgesamt wie in ihren Stadtteilen und für einzelne stadtpolitische Handlungsbereiche. Gesucht wird dabei das Gespräch mit gesellschaftlichen Gruppen, solchen, die schon lange die Entwicklung Bochums mit geprägt haben wie Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Unternehmensverbände, Kirchen wie andere Religionsgemeinschaften, und solchen, die sich als bürgergesellschaftliche Initiativen und Vereinigungen seit jüngerer Zeit engagieren. Anfang 2018 soll ein abschließender Bericht vorliegen.

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs hat die SPD die Entwicklung Bochums maßgeblich politisch verantwortet, alle Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren waren ihre Mitglieder, über Jahrzehnte hatte sie die absolute Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung bzw. im Rat.

Über Jahrzehnte hatte die SPD eine hohe Zahl von Mitgliedern. So war sie der gesellschaftliche Ort stadtpolitischer Diskussionen, Bürgerinnen und Bürger hatten in Mitgliedern der SPD, ihren Oberbürgermeistern und Ratsmitgliedern, ihre stadtpolitischen Ansprechpartner. In ganz Deutschland haben sich die gesellschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten der Parteien in den letzten Jahren verändert. So hat in Bochum die SPD heute noch über 4.000 Mitglieder, ist damit die mit Abstand mitgliederstärkste Partei Bochums, aber es sind deutlich weniger Mitglieder als in früheren Jahrzehnten, als ihre Zahl die 10.000 überstieg. Das Parteienspektrum ist breiter geworden. Im Rat bildet die SPD seit 1999 gemeinsam mit Bündnis 90/ Die Grünen die Mehrheit. Diese Entwicklung hat auch den gesellschaftlichen Rahmen der stadtpolitischen Diskussion verändert. Parteien, und damit selbstverständlich die SPD Bochum, müssen für ihre Vorstellungen und Ziele intensiver die Diskussion mit Interessierten suchen. Das tut die SPD Bochum mit **Bochum – heute, morgen, übermorgen.**

Breiteres gesellschaftliches Engagement auch für Stadtpolitik ändert allerdings zu Recht nicht das **Prinzip der repräsentativen Demokratie**: Durch Wahlen legitimierte Abgeordnete und Ratsmitglieder treffen und verantworten die bindenden politischen Entscheidungen. Alle Erfahrungen, nicht nur in Deutschland, zeigen, dass für eine erfolgreiche repräsentative Demokratie Parteien ausschlaggebend sind. Deshalb bemüht sich die SPD Bochum weiter, gewählt verantwortlich gestalten zu können – gestützt auf das dauerhafte Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, deren Vorstellungen aufnehmend. Auch wenn das schwieriger sein kann als die Erörte-

nung einzelner Probleme, muss dabei die Konzentration auf strategische Schwerpunkte möglich werden.

B. Bochum für alle

Die Bochumer SPD verantwortet eine Stadtpolitik für alle Einwohner Bochums, die sich heute und morgen hier wohlfühlen sollen. Dabei leben sie in unterschiedlichen sozialen Verhältnissen und haben unterschiedliche Ansprüche an die Bochumer Stadtpolitik. Das soziale Spektrum geht von wohl situierten Lebensverhältnissen bis hin zu Kinder- und Altersarmut. Unterschiedliche Ansprüche an die Kommunalpolitik sind auch durch unterschiedliches Lebensalter bedingt. Wie in ganz Europa steigt die Lebenserwartung; ältere Menschen benötigen ihnen gerechte Lebensverhältnisse im privaten wie öffentlichen Bereich.

Kommunale Politik ergänzt dabei die sozialen Transferleitungen des Bundes und des Landes NRW - selbst verantwortlich für die bundesgesetzlich geregelte Sozialhilfe (SGB). In den Kommunalverwaltungen arbeiten Menschen, die sich um die Probleme sozial Schwächerer und allgemein Hilfsbedürftiger sorgen.

Die Bochumer SPD setzt bei ihrer Orientierung an allen Einwohnern auf das Engagement von Bürgerinnen und Bürger, die auch Schwächeren und Hilfsbedürftigen – Eltern und Kindern, Älteren und Behinderten – **Solidarität** geben. Nur so kann Stadtpolitik sozial sein.

Eine Voraussetzung für soziales Engagement ist öffentlicher Raum, für den die Kommunalpolitik Verantwortung trägt. Öffentlicher Raum sind zunächst Plätze und Parks, in der wärmeren Jahreszeit allerdings besser nutzbar, deshalb müssen es auch Bürgerhäuser oder andere Räume sein, die vor allem im Winter unverzichtbar sind. Sie können Eigentum der Stadt sein, es können aber auch Räume in gastronomischen Betrieben sein, deren Wirtschaftlichkeit im Interesse der Kommunalpolitik liegen muss.

C. Bochum im „Ruhrgebiet – anders als andere große Städte und dabei benachteiligt

Das „Ruhrgebiet“ und damit Bochum sind zu einem städtischen Raum mit Millionen Einwohnern geworden, weil nach Erfindung der Dampfmaschine Kohle aus großen Tiefen gefördert werden konnte und Stahlproduktion hier energienah erfolgte. Die dabei entstandene Siedlungsstruktur war weitgehend ungeplant. Vorindustrielle gebaute Kultur konnte nur mühsam bewahrt werden. Das „Ruhrgebiet“ und Bochum waren gegenüber großen Städten, die als Dienstleistungsstandorte entstanden waren, erkennbar benachteiligt; das Image war eher negativ. Die bescheidene gründerzeitliche Urbanität vom Ende des 19. Jahrhunderts wurde dann im Zweiten Weltkrieg weitgehend vernichtet.

Zum Wiederaufbau Westdeutschlands wurden Steinkohle und Stahl benötigt. Das „Ruhrgebiet“ wurde so zum Rohstofflieferanten für andere Städte und Regionen, in Zeiten nachkriegsbedingten Mangels an Arbeitskräften, der durch Zuzug von Vertriebenen und Zuwanderung aus anderen Teilen Westdeutschlands ausgeglichen wurde. Schon bald wurden auch Arbeiter aus dem Ausland, einschließlich muslimischer Türken, eingeladen. Bereits 1957 begann dann der Bedeutungsverlust der Montanindustrie.

Aber schon in dieser Wiederaufbauzeit blieb Bochum, wie alle Städte zwischen Ruhr und Emscher, gegenüber anderen großen Städten in Deutschland benachteiligt. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Wohnbevölkerung war bereits 1957, vor Beginn des Bedeutungsverlusts der Montanindustrie, niedriger als in anderen großen Städten; 1961, nach Beginn des Bedeutungsverlustes der Montanindustrie, waren die Unterschiede bereits deutlich angestiegen. Diese Unterschiede sind geblieben, ja noch weiter angestiegen. Benachteiligungen über mehr als hundert Jahre lassen sich nur schwer ausgleichen. Es ist aber das Ziel für die nächsten Jahrzehnte.

Die Entwicklung verdeutlicht diese Tabelle:

BIP pro Kopf der Wohnbevölkerung

	DM 1957	DM 1961	Euro 2014
BOCHUM	5.990	6.520	32.275
ESSEN	5.540	6.410	44.555
DORTMUND	5.180	7.180	35.120
DUISBURG	7.320	8.440	34.392
GELSENKIRCHEN	5.180	6.780	29.716
MÜNCHEN	6.720	9.160	70.320
HAMBURG	7.300	9.900	59.958
KÖLN	6.350	8.510	54.703
FRANKFURT	8.510	11.460	92.367
DÜSSELDORF	7.900	9.480	77.555

Es gibt allerdings auch Städte mit niedrigerem BIP pro Kopf der Wohnbevölkerung als Bochum.

Quellen: Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter: Sozialproduktberechnung der Länder Heft 3, Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise 1957 bis 1966, 1968
2014: Statistisches Bundesamt 2015 (Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a. M.)

Noch heute ist Bochum geprägt von der montanindustriellen Vergangenheit. Die zunächst gravierenden Auswirkungen konnten nur allmählich gestoppt und schließlich überwunden werden. Entscheidend waren:

- zunächst die soziale Abfederung der Beschäftigungsrückgänge im Bergbau durch die IG Bergbau und Energie, finanziert durch den Bund und das Land NRW; ohne dies gäbe es heute wesentlich tiefere soziale Verwerfungen im „Ruhrgebiet“,
- dann die Gründung der Ruhruniversität 1965,
- schließlich die Entwicklung zur urbanen Identität, durch Wahrnehmung des baukulturellen Erbes – so Stiepeler Dorfkirche, Propsteikirche, Haus Kemnade – wie durch gebaute Kultur der jüngeren Zeit – so Schauspielhaus, Kemnader Stausee, Förderturm auf dem Bergbaumuseum, Zeche Hannover in Hordel als Teil des Westfälischen Industriemuseums, Kunstmuseum und Museum unter Tage, Starlighthalle, Westpark sowie jüngst das Musikzentrum.

Der Übergang von der Montanindustrie zur Wissensökonomie hat deutliche Veränderungen der wirtschaftlichen, sozialen und stadträumlichen Verhältnisse gebracht. Neue Technologien und daraus resultierende Innovation sowie deren Umsetzung in Produkte und Dienstleistungen sind mitentscheidend für die wirtschaftlichen und finanziellen Perspektiven der Stadt geworden.

Für morgen kann Bochum diese Veränderungen nutzen, um neue Möglichkeiten **entlohnter Arbeit** zu bekommen. Dabei sind Produktionsunternehmen, die wettbewerbsfähig sind, zu erhalten und möglichst zu stärken. Die meisten Arbeitsplätze sind allerdings im Dienstleistungsbereich, unternehmensnah wie haushaltsnah, entstanden und werden dort weiter entstehen - innovativ besonders in den Bereichen Gesundheit und Informationstechnologien. Ganz wesentlich trägt dazu bei, dass der Anteil erwerbstätiger Frauen gegenüber den montanindustriell geprägten Jahrzehnten radikal gestiegen ist; Frauen arbeiteten nicht im Bergbau oder in der Stahlindustrie, sondern erbrachten früher Dienstleistungen unentlohnt zu Hause.

Chancen, produzierende Unternehmen in Bochum zu halten und neue anzusiedeln, bieten neue Produktionsverfahren und **Industrie 4.0**. Sie lassen sich nur ausreichend nutzen, wenn sich neue und innovative Unternehmen in Bochum ansiedeln, so auf Mark 51^o7. Zu den Voraussetzungen gehören allerdings verbesserte Lebens- und Wohnbedingungen für unterschiedliche Ansprüche.

Übermorgen kann Bochum, integriert in die Metropole Ruhr, Lebensverhältnisse erreichen, die in anderen Metropolen Deutschlands und Europas erreicht sind und angestrebt werden. Die aufkommende Digitalisierung und intelligente Vernetzungen bieten Möglichkeiten für eine bessere Nutzung und Weiterentwicklung der städtischen Infrastruktur in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Energie und Verkehr.

D. Ziele, Strategien und Maßnahmen für die sechs großen stadtpolitischen Handlungsfelder

1. Lebens- und Sozialraum

Bochum ist der städtische, urbane Lebensraum mit rund 370.000 Einwohnern (2017). Dabei versteht sich Bochum als eine Stadt für alle Einwohner, bei unterschiedlichen sozialen Lebensverhältnissen. Rund 130.000 Menschen gehen einer Erwerbsarbeit nach, rund 17.000 Menschen sind arbeitslos. Die Mehrheit der Einwohner lebt außerhalb der Erwerbswelt - noch jung, alt, behindert oder freiwillig. So ist Kommunalpolitik im Interesse entlohnter Arbeit gleichbedeutend mit Kommunalpolitik zur Verbesserung des Bildungsangebots für Kinder und der Angleichung sozialer Unterschiede. Die Aufwertung sozialschwacher Stadtquartiere dient dabei beiden Handlungsbereichen.

1.1 Nachhaltig – Integration von Lebensraum und Wirtschaftsstandort

Die Ziele der Nachhaltigkeit sind seit der Konferenz von Rio 1990 in die betroffenen Felder der Bochumer Stadtpolitik eingeflossen, auch befördert durch bürgergesellschaftliches Engagement. Die Sustainable Development Goals 2015 der Vereinten Nationen sind ein neuer Anstoß globale Ziele in lokales Handeln umzusetzen. Bürgergesellschaftliches Engagement wird es verstärkt geben, die Bochumer SPD wird sich mit engagieren.

Heute

Nachhaltigkeit hat vier Dimensionen: die ökologische, die ökonomische, die soziale und die kulturelle. Die ökologische manifestiert sich global im Kampf gegen Klimaerwärmung und CO₂ - Emissionen. Das ist auch für Bochum eine Selbstverständlichkeit. Verwirklichte ökologische Nachhaltigkeit, die sich in schönen Parks zeigt, sollte mehr wertgeschätzt werden. Damit muss sich ökologische Nachhaltigkeit nicht auf Freiraumpolitik konzentrieren. Flächeninanspruchnahme für Zwecke des Wirtschaftens und Wohnens muss sich auf die ökologisch sinnvolle Nutzung der entsprechenden Standorte richten - wenig Versiegelung des Bodens, viel Grün. Die im Vergleich zu anderen großen Städten gravierenden sozialen und ökonomischen Herausforderungen Bochums machen es erforderlich, auf soziale und ökonomische Nachhaltigkeit besonderes Gewicht zulegen. Kulturelle Nachhaltigkeit zeigt sich in der Bewahrung der gebauten Kultur der Stadt und der Region.

Morgen – Übermorgen

Die IGA 2027 kann auch für Bochum neue Möglichkeiten bieten, ihr Grün sichtbarer zu machen und in der Wertschätzung zu steigern. Das gilt besonders für die regionalen Nord-Süd Grünzüge – zwischen Essen und Bochum, von Herne nach Weitmar, von Castrop ins Ölbachtal. So kann Bochum sich zum Ziel setzen, Teil der „Grünen

Metropole Ruhr“ zu werden - nach dem vorauslaufenden Beispiel Essens, das Grüne Hauptstadt Europas 2017 geworden ist.

1.2 Öffentlicher Raum

Der Lebens- und Sozialraum für alle in einer Stadt erfordert das Zusammenspiel von privatem Raum zum Wohnen und öffentlichem Raum zu sozialer Kommunikation. In einer postmontanindustriellen Stadt hat öffentlicher Raum besondere Bedeutung. Über Jahrzehnte waren große Areale auch Bochums für die Bürger verschlossen, verfügbar nur für die montanindustrielle Nutzung.

Heute

Bochum verfügt heute über neue große Flächen öffentlichen Raums, zugänglich für alle. Das ist besonders der Westpark, der weiter gestaltet wird. Das gilt auch für die Öffnung des Präsidentengeländes in Hamme und des Springorumgeländes in Weitmar.

Morgen und Übermorgen

Von der Innenstadt durch alle Stadtteile und Quartiere hin zur Ruhr und zu Grünanlagen im Norden sollte sich ein durch Fußwege verbundener grüner öffentlicher Raum ziehen, der Parks, Friedhöfe und Wasserläufe wie auch Einkaufsmöglichkeiten und Kultureinrichtungen sowie Veranstaltungsorte miteinander verbindet.

1.3 Sicherheit: Konflikte und Konfliktvermeidung

Der demokratische Staat sowie jede seiner Kommunen müssen das Bedürfnis ihrer Einwohner nach Sicherheit erkennen und zu erfüllen suchen. Unterschiedliche Fälle von Verbrechen erregen dabei wechselnde Aufmerksamkeit. In Bochum liegt die Kriminalitätsrate unter der vergleichbarer Städte. Die Bürgerinnen und Bürger sollten das wissen. Sorge bereiten allerdings die dauerhaft stattfindenden Wohnungseinbrüche, hier liegt die Kriminalitätsrate in Bochum vergleichsweise hoch.

Heute

Polizei und die Ordnungskräfte der Stadtverwaltung arbeiten in Bochum eng zusammen. Für einzelne Quartiere erfassen sie gemeinsam potentielle Sicherheitsmängel, um deren Vermeidung angehen zu können. Die Polizei in Bochum hat Wohnungseinbrüche zu einem Schwerpunkt ihrer Ermittlungen gemacht. Diese kommunale Sicherheitspolitik muss im offenen Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern erfolgen, was auch deren problemgerechte Mitwirkung bei der Bewahrung ihrer Sicherheit ermöglicht.

Morgen und Übermorgen

Es sollte ein Masterplan Sicherheit erarbeitet werden. Er kann die Zusammenarbeit zwischen kommunalen Ordnungsbehörden, Polizei und bürgergesellschaftlicher Auf-

merksamkeit erfolgreicher machen. Wesentlich ist dabei kommunale Sozialpolitik als Konfliktprävention.

1.4 Wieder wachsende Bevölkerungsentwicklung mit dem Ziel einer stabilen Einwohnerzahl über 2030 hinaus

Durch Jahrzehnte ist die Einwohnerzahl Bochums und aller Städte zwischen Ruhr und Emscher zurückgegangen – Folge des Bedeutungsverlusts der Montanindustrie und der geringeren urbanen Qualität im Vergleich zu anderen Metropolen. Seit 2015 ist endlich eine Umkehr dieses Trends durch Wanderungsgewinne sowohl innerhalb Deutschlands und der Region als auch aufgrund der „Flüchtlingswelle“ zu verzeichnen.

Heute

Der weitere Anstieg der Einwohnerzahl ist ein erklärtes Ziel: Bochum soll wachsen – in seiner Bevölkerungszahl und in seiner Wirtschaftskraft. Die Geburtenrate wird auch langfristig unter 2 Kindern liegen und daher ist ein positiver Wanderungssaldo aus vielen Regionen Deutschlands und aus anderen Ländern erforderlich. Die wirtschaftliche Entwicklung hin zu Dienstleistungen, die eher in großen Städten erbracht werden, sowie die Magnetwirkung der Hochschulen unterstützen diesen Trend.

Morgen und Übermorgen

Ziel ist es, die Zahl der Einwohner bis 2050 mit Blick auf die weiterhin niedrige Geburtenrate mindestens auf dem Niveau von 2015, also bei ca. 360.000 Einwohnern zu halten. Auf der Grundlage der Bevölkerungsprognosen für die Bundesrepublik Deutschland lässt sich dazu ein quantitatives Szenario zeichnen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland würde bei einem durchschnittlichen jährlichen Wanderungssaldo von 300.000 Zuwanderern bei 80 Millionen stabil bleiben. Auf Bochum herunter gerechnet, wäre demnach ein positiver Wanderungssaldo von etwa 1.400 Zuwanderern jährlich erforderlich, um bei 360.000 Einwohner zu bleiben. Dieser Wanderungssaldo kann zwischenzeitlich zu einer höheren Einwohnerzahl führen, die an 400.000 heranreicht.

1.5 Zuwanderung, Integration, ethnische Vielfalt

Alle großen Städte sind durch Zuwanderung entstanden. Das montanindustrielle „Ruhrgebiet“ wäre ohne sie nicht möglich geworden. Der mit dem Ende der Montanindustrie verbundene Einwohnerrückgang hat auch den Anteil von Migranten nicht wesentlich weiter steigen lassen. Metropolitane Eigenschaften machen aber auch Bochum für Zuwanderung wieder attraktiv. 2015/16 nahm die Migration durch den Zustrom von völkerrechtlich anerkannten Flüchtlingen zu.

Heute

Der Flüchtlingszustrom 2015/16 wird in Bochum durch ein anzuerkennendes Engagement der Stadtverwaltung, von Sozialverbänden und von Bürgerinnen und Bürgern bewältigt. Die hohen Flüchtlingszahlen aus dem Jahr 2015 haben sich mittlerweile deutlich reduziert. Die Probleme der Unterbringung von Flüchtlingen in vielen Notunterkünften wie Turnhallen sind mittlerweile behoben, der Bearbeitungsstau der Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge reduziert sich zunehmend, so dass jetzt die Integration der Flüchtlinge in den Mittelpunkt gerät. Eine erfolgreiche Integration erfordert Anstrengungen in den Bereichen Sprachförderung, Bildung, Wohnen und soziale Integration in den Wohnquartieren. Sie ist jedoch auch eine Chance für die Zukunft Bochums.

Morgen und Übermorgen

Bochum hat rund 360.000 Einwohner, davon sind 77.000 Migranten oder 21,3%, unter ihnen 29.000 Ausländer oder 8,1%. Das ist im Vergleich zu anderen großen Städten nicht viel. Bochum sollte anstreben und kann bei gemeinsamer Anstrengung aller Akteure auch erreichen, diese Integrationsaufgabe erfolgreich zu bewältigen und dann davon wirtschaftlich zu profitieren.

Schon im Vergleich zu den größeren Städten in der Metropole Ruhr hat Bochum weniger Migranten.

	<u>Einwohner</u>	<u>Migranten</u>	<u>%</u>	<u>Ausländer</u>	<u>%</u>
BOCHUM	360.000	77.000	21,3%	29.000	8,1%
DUISBURG	487.000	145.000	29,8%	77.000	15,8%
ESSEN	576.000	134.000	23,3%	66.000	11,5%
DORTMUND	582.000	176.000	30,2%	89.000	15,3%

Im Vergleich zu anderen entsprechenden Städten werden die Unterschiede eklatant.

	<u>Einwohner</u>	<u>Migranten</u>	<u>%</u>	<u>Ausländer</u>	<u>%</u>
FRANKFURT	724.486	370.937	51,2%	207.203	28,6%
MÜNCHEN	1.526.000	633.290	41,5%	419.391	27,5%
DÜSSELDORF	606.000	208.000	34,3%	111.000	18,3%
HAMBURG	1.787.408	596.711	33,4%	262.252	14,7%
KÖLN	1.049.000	319.000	30,4%	177.000	16,9%

Stand: 31.12.2015 (Quellen: Statistische Ämter München, Hamburg, NRW 2016, Stadt Frankfurt Dezember 2016)

Ein hoher Migrationsanteil kann auch zu einem hohen Sozialprodukt pro Kopf beitragen, zumindest ist er kein Hinderungsgrund. Aber selbstverständlich tragen weitere Erklärungsfaktoren zu hohem Sozialprodukt bei, darunter die unterschiedliche Zusammensetzung der Migranten.

BIP pro Kopf der Wohnbevölkerung 2014

	€
BOCHUM	32.275
ESSEN	44.555
DORTMUND	35.120
DUISBURG	34.392
GELSENKIRCHEN	29.716
RVR	30.057
FRANKFURT	92.367
DÜSSELDORF	77.555
MÜNCHEN	70.320
HAMBURG	59.958
KÖLN	54.703

1.6 Wohnraum in einer nachhaltigen stadträumlichen Entwicklung

Die Ansprüche an Wohnraum sind in Deutschland kontinuierlich gestiegen, jahresdurchschnittlich um einen halben Quadratmeter. Betrug die verfügbare Wohnfläche/ Einwohner im Jahre 1950 noch 14 qm, so sind es aktuell in Westdeutschland bereits 46 qm. Das „Ruhrgebiet“ liegt zudem als frühere montanindustrielle Agglomeration mit seiner niedrigen Eigentumsquote deutlich hinter diesen Durchschnittswerten zurück. Trotz der auch in Bochum erkennbaren wachsenden Flächenansprüche ist die Wohnungsnachfrage in den vergangenen 20 Jahren quantitativ kaum gestiegen, der Rückgang der Einwohnerzahl mit kontinuierlichen Wanderungsverlusten, auch in benachbarte Kommunen, und relativ geringe Einkommenszuwächse waren die Gründe. Das Einwohnerwachstum seit 2015 hat diesen Zustand beendet.

Heute

Auf der Grundlage der Wohnungsmarktberichte der Stadt Bochum - der aktuellste von 2016 – und weiterer Untersuchungen sind in Bochum eine Fülle von Informationen über den Bestand und den Neubau von Wohnungen, über Bau- und Kaufpreise von Häusern und Wohnungen sowie über Mieten verfügbar. Der Bestand liegt bei rund 200.000 Wohnungen bei einer Eigentumsquote von ca. 40%. Ein tendenziell entspannter Wohnungsmarkt in Bochum mit vergleichsweise niedrigen Mieten und Kaufpreisen hatte über viele Jahre eine geringen Neubautätigkeit, bis zu weniger als 200 Wohneinheiten jährlich, zur Folge. Das Einwohnerwachstum seit 2015 hat so nunmehr zu einem gravierenden Problem und einer dementsprechend großen kommunalpolitischen Aufgabe geführt. Dies gilt grundsätzlich für alle Segmente des Wohnungsbaus, trifft aber vor allem für die Verfügbarkeit preiswerten, bezahlbaren Wohnraums für breite Schichten der Bevölkerung zu. Gab es in Bochum im Jahre 2004 noch rd. 26.000 öffentlich geförderte Wohnungen mit Mietpreisbindung, so waren es im Jahre 2014 nur noch ca. 13.000, und dies angesichts der Tatsache, dass fast

die Hälfte der Bochumer Haushalte aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse einen Anspruch auf einen „Wohnberechtigungsschein“ hätten.

Derzeit wird deshalb ein Sofortprogramm erarbeitet. Stadtentwicklungspolitisch herausragend wird der Ostpark zwischen Altenbochum und Laer als neues Wohnquartier mit rund 1.000 Wohneinheiten geplant. Aber bereits die aktuellen Zahlen für die Baugenehmigungen und Wohnbaufertigstellungen zeigen eine deutliche Trendwende. 2016 war eine Fertigstellung von mehr als 400 Wohnungen zu verzeichnen, darunter auch erstmals wieder eine größere Anzahl öffentlich geförderter Wohnungen. Der Schwerpunkt liegt allerdings klar bei hochwertigen zentrumsnahen Eigentumswohnungen.

Morgen und Übermorgen

Auf der Grundlage eines breit angelegten Erarbeitungsprozesses „Handlungsprogramms Wohnen“ sollen im Sommer 2017 die Eckwerte des langfristig zu erwartenden Wohnungsbedarfs vom Rat beschlossen werden. Auf dieser Grundlage kann auch der konkrete Handlungsbedarf hinsichtlich der dafür notwendigen Flächenmobilisierung und der Schaffung von Planungsrecht und Erschließung festgestellt werden. Vor allem der Bau von Sozialwohnungen sollte mit Blick auf die geschilderten Defizite deutlich gesteigert werden. Zusätzlicher Wohnraum ist räumlich am ehesten durch behutsame Nachverdichtung und Ersatzbauten in Bestandsquartieren erreichbar. Dazu gehört auch die Aufstockung bestehender Wohngebäude. Eine Geschosshöhe von bis zu sechs Geschossen entspricht der Siedlungsstruktur metropolitaner Städte, wobei hohe Häuser nicht als Solitäre, sondern eingefügt in eine Blockrandbebauung mit attraktiven Innenhöfen errichtet werden können. Räumlicher Orientierungsrahmen für die Schwerpunkte der zukünftigen Wohnbautätigkeit sollten vorrangig die bestehenden Stadtquartiere sein, die dadurch auch neue Nachfrageimpulse im Bereich ihrer Versorgungsaufgaben erfahren.

Um in diesem wichtigen politischen Handlungsbereich erfolgreich sein zu können, ist es notwendig, aus dem Handlungsrahmen möglichst schnell ein verbindliches mittelfristiges Aktionsprogramm „Wohnen“ zu entwickeln, zu dem ein konkreter „Maßnahmen-Zeit-Plan“ für die zu realisierenden Projekte gehört.

1.7 Schulische Bildung, Förderung des Berufseinstiegs, soziale und fachliche Weiterqualifizierung

Bochum verfügt über ein umfangreiches, qualitativ gutes und differenziertes schulisches Bildungsangebot, das Eltern alle Möglichkeiten für eine den individuellen Erfordernissen ihrer Kinder entsprechende Schulausbildung bis hin zum Übergang in Beruf oder Studium eröffnet. Alle Schulen bieten offene Angebote im Ganztags bzw. der pädagogischen Übermittagsbetreuung an. Teilweise werden sie im integrierten Schulsystem sowie im überwiegenden Teil der Förderschulen bereits als gebundene Ganztagschulen geführt. Und auch das Angebot an Schulsozialarbeit wurde in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. Trotzdem gibt es noch viel zu tun, um das Schulsystem vor allem sozial bedarfsgerecht auszubauen und Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, damit auch in Bochum „kein Kind zurückbleibt“.

Heute

Es gibt in Bochum Grundschulen, die aufgrund ihrer Lage in Stadtteilen mit problematischer Sozialstruktur Standortnachteile gegenüber Grundschulen in sog. besseren Wohngebieten haben. Grund ist der hohe Anteil an Schulkindern aus einkommens- oder sozialschwachen Elternhäusern bzw. an Schulkindern mit Migrationshintergrund. Seit Einführung der freien Schulwahl durch die CDU/FDP-Landesregierung 2008 hat sich der Trend, diese Schulen zu meiden, verstärkt. Daraus sind Nachteile für die Schulkinder in den betroffenen Schulen entstanden. Die erforderliche Lösung ist die Wiedereinführung verpflichtender Grundschulbezirke durch das Land.

Morgen

Im Interesse gleicher Bildungschancen sind in allen Teilen der Stadt Aktivitäten nach dem Motto: „Ungleiches ungleich behandeln“ erforderlich:

Der Ausbau der Zusammenarbeit von Kita und Grundschule:

Zwischen den Kindertagesstätten und Grundschulen in Bochum gibt es bereits eine gute Zusammenarbeit – die frühzeitige Information der Eltern als auch die Erfassung und Begutachtung der Kinder gehören ebenso dazu wie der regelmäßige Austausch zwischen dem Fachpersonal der Kitas und den Lehrkräften der Schulen.

Doch in Stadtteilen mit problematischer Sozialstruktur muss die Einbeziehung der Eltern schon vor dem Besuch der Kindertageseinrichtungen einsetzen, z. B. durch aufsuchende Beratung und Betreuung der Familien von der Geburt bis zur Aufnahme in den Kindergarten durch hierfür geeignete Sozialarbeiter und Bildungsberater. Und auch danach sollte die Zusammenarbeit zwischen Kita und Schule durch gezielte kostenlose Sprachförderangebote bis zur Einschulung, in die die Eltern einzubeziehen sind, fortgeführt werden. Am besten gelingt dies sicherlich in Zusammenarbeit mit dem in Bochum bereits bestehenden Angebot an Familienzentren, das weiter ausgebaut werden sollte und in deren Arbeit die Schulen verstärkt einzubinden sind.

Die Verbesserung schulischer Angebote:

Die Schulen, primär die Grundschulen in Stadtteilen mit problematischer Sozialstruktur benötigen zum Ausgleich ihrer Standortnachteile bessere Rahmenbedingungen, um sie für Eltern attraktiver zu machen. Dies gilt sowohl für die Schulgebäude und die Außenflächen als auch die Ausstattung der Unterrichts- und Ganztagsräume mit ergonomischem, flexibel einsetzbarem Mobiliar sowie modernsten Lehrmitteln wie interaktiven Tafeln (Whiteboards), Tablets und Internet (WLAN) in allen Klassen. Dadurch ließe sich künftigen Eltern vermitteln, dass man ihren Kindern besonders gute Rahmenbedingungen für erfolgreiches Lernen bereitstellt.

Diese Schulen sollten – mehr noch als bisher – Zuschläge zu ihren Schulbudgets erhalten, damit notwendige schulische Unterrichtsprojekte und gezielte Fördermaßnahmen sowie Ausflüge und Besuche außerunterrichtlicher Angebote finanziert werden können.

Am wichtigsten für die Akzeptanz durch die Eltern ist es jedoch, diese Schulen personell so auszustatten, dass dort kleinere Klassen gebildet werden können und ausreichend Lehrkräfte für eine bedarfsgerechte individuelle Förderung bis hin zur Doppel-

besetzung beim gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter SchülerInnen zur Verfügung stehen.

Weiter sollte in Schulen mit Standortnachteilen - den Brennpunkt-Schulen - mindestens ein Sozialarbeiter zum Schulpersonal gehören, um durch die Zusammenarbeit mit der Sozialraumkonferenz, der schulpsychologischen Beratung, dem Jugendamt und den Trägern der offenen Ganztagschulen bzw. von Kitas Probleme im schulischen oder familiären Umfeld frühzeitig aufgreifen zu können. Zur Entlastung der Schulleitungen von Verwaltungsarbeiten ist an diesen Schulen auch eine bessere Ausstattung mit Sekretariatsstunden vorzusehen.

Zur Stärkung der Schulen mit Standortnachteilen gehört aber zwingend vor allem eines: der Ausbau des Ganztagsangebotes. Es muss sichergestellt sein, dass dort jedes Kind einen Platz im Offenen Ganztag erhält. Besser wäre es noch, zur besseren Förderung der Kinder den sog. „rhythmisierten Ganztag“ mit seiner intensiveren „Verzahnung“ zwischen Unterricht und Ganztagsangebot einzuführen. Das wäre ggf. um stärker subventionierte Eltern-Beiträge zu ergänzen, um ihnen die Teilnahme ihrer Kinder an diesem Angebot zu erleichtern.

Die Entscheidung des Schulausschusses, in Kürze je Stadtbezirk eine Grundschule in eine gebundene Ganztagschule umzuwandeln, wird als ein notwendiger erster Schritt in diese Richtung begrüßt – aus den dargelegten Gründen sollten dabei vor allem die sog. Brennpunkt-Schulen in den sozial benachteiligten Stadtteilen Bochums bevorzugt werden.

Ein besserer Übergang in die Sekundarstufe:

Die Auswahl der weiterführenden Schulen ist – nach Beratung durch die Grundschulen – grundsätzlich Sache der Eltern, die im Vorfeld auch durch Informationsveranstaltungen und „Tage der offenen Tür“ an den Sekundarschulen ergänzend informiert werden. Trotzdem werden gerade an dieser Schnittstelle immer noch viele Fehlentscheidungen getroffen, die den Kindern später oft nicht guttun.

Da „Eine Schule für Alle“ offensichtlich nicht durchsetzbar ist und in unserem Schulsystem nach wie vor das Gymnasium von den meisten Eltern als die „Schule der Wahl“ für ihre Kinder angesehen wird, sind neben dem Beratungssystem vor allem aber die Angebote der übrigen weiterführenden Schulen zu verbessern.

Es erscheint notwendig, die Information und Beratung der Eltern und Erziehungsberechtigten viel früher und gezielter zu beginnen – dies darf kein Thema nur im letzten Grundschuljahr bleiben. Im Mittelpunkt muss dabei vor allem das Interesse des Kindes stehen – sowohl der soziale Status seiner Eltern als auch das Image von Schulformen dürfen dabei keine Rolle spielen. Deshalb sollten die Lehrkräfte von Primar- und weiterführenden Schulen verpflichtet werden, sich durch gegenseitige Unterrichtsbesuche und Hospitationen über die Angebote und besonderen Stärken der jeweils anderen Schulen bzw.- Schulformen zu informieren und die daraus gewonnenen Erkenntnisse möglichst objektiv und frühzeitig mit den Eltern zu besprechen.

Um unabhängig davon die „Anwahnachteile“ der nichtgymnasialen Schulen auszugleichen, sollte deren Attraktivität durch das Angebot einer optimalen individuellen Förderung durch kleinerer Klassen bis hin zu bedarfsgerechter Doppelbesetzung beim gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter SchülerInnen, den Einsatz von Schulsozialarbeitern, den Ausbau der Ganztagsangebote, eine gezielte Unterstüt-

zung bei der Erledigung der Hausaufgaben und eine bessere Ausstattung von Gebäuden, Klassen- und Fachräumen sowie Außenanlagen gesteigert werden.

Das sind die Wege, die Bildungschancen von Kindern aus sozial benachteiligten Stadtteilen zu verbessern und ihnen damit unabhängig von der Herkunft, dem Verdienst oder dem Status ihrer Eltern eine erfolgreiche Schullaufbahn – und damit später ggf. auch einen sozialen Aufstieg - zu ermöglichen.

Übermorgen

Längerfristig sollten die Schulen in Bochum beginnend in der Primarstufe Schritt für Schritt in verbindliche, kostenlose Ganztagschulen umgewandelt werden. So kann durch attraktive, qualitativ gute Angebote individualisiertes Lernen bei optimaler Förderung erreicht werden. Nur so lassen sich die Bildungschancen aller Kinder wirksam verbessern. Dies ist – unabhängig von Lage der Schulen im Stadtgebiet – nicht nur die Voraussetzung dafür, Bildungsnachteile für Schülerinnen und Schüler aus sozialen Brennpunkten zu verhindern und so für mehr Chancengleichheit zu sorgen, sondern dient vor allem auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bochum und darüber hinaus in Deutschland mit seinen europäischen Nachbarn.

Unabhängig davon hat sich die beschriebene Unterstützung von Schulen zukünftig hauptsächlich an einem schulscharf ermittelten Sozialindex zu orientieren: die Mittel für Schule und Bildung sind solange für benachteiligte Kinder in sozialen Brennpunkten einzusetzen, bis gleichwertige Ergebnisse in allen Teilen unserer Stadt erreicht sind.

Es sollte gelten, dass die stadteigenen Mittel und die Fördermittel von Bund und Land überwiegend in Stadtteilen mit problematischer Sozialstruktur eingesetzt werden. Dabei ist die Abstimmung zwischen dem Land, mit seiner Kompetenz für den Einsatz von Lehrern, und der Stadt, mit ihrer Zuständigkeit für Hausmeister, Schulsekretärinnen und die Gebäudepflege an den Schulen, zu verbessern.

1.8 Mobilität: Fuß, Rad, Auto, ÖPNV - wirtschafts-, kinder-, alten- und behindertengerecht

In Bochum sollten alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt sein, denn alle Einwohner wünschen gefahrlose und behinderungsgerechte Mobilität. Das Mobilitätsproblem Bochums und der anderen Städte zwischen Ruhr und Emscher liegt in einem für manche Stadtteile unzureichenden Angebot im ÖPNV und entsprechend einem für metropolitane Räume zu hohen Verkehrsanteil des Personenkraftverkehrs. Verglichen mit anderen metropolitanen Städten war hier die Förderung des ÖPNV durch den Bund eklatant benachteiligend. Folge sind vor allem zu niedrige Taktzeiten, und fehlende Querverbindung zwischen den Stadtteilen.

Eine aktuelle Benachteiligung ist die Ausdünnung von IC-Halten in Bochum, die inzwischen teilweise zurückgenommen wurde.

Es fehlt ein geschlossenes Fahrradwegenetz. Weiter gibt es Unsicherheiten für Fußgänger und Benachteiligungen für Ältere und Behinderte. Rollatorgerechte Busse und Bahnen im ÖPNV sind unverzichtbar. Erforderlich sind dann individuelle Angebote an Personen, die den ÖPNV nicht mehr benutzen können; das sollte im Rahmen so-

zialer Betreuung ermöglicht werden. Die absehbare weitere Digitalisierung kann dies erleichtern.

Die Fortschreibung des Nahverkehrsplans für Bochum wird derzeit erarbeitet (damit ergeben sich Fragen, die auf Antworten warten).

1.9 Freizeit und Kultur

Die Möglichkeiten des Erlebens in der Freizeit und der Teilhabe an Kultur haben sich in Bochum kontinuierlich erweitert. Das gilt für neu gewonnene Freiräume wie den Westpark, das gilt für die Eröffnung des Musikzentrums oder des Museums Untertage, das gilt für vielfältige Sportanlagen. Eine freie Kultur- bzw. Kreativszene ist entstanden.

Es lässt sich schon sagen, dass die Metropole Ruhr mit Bochum und seinen anderen Städten den Anspruch erheben muss, ein - wenn nicht das - kulturelle Zentrum Deutschlands und damit Mitteleuropas zu werden. Das entspricht seiner Einwohnergröße von 5 Millionen Menschen. Dabei bestehen die kulturellen Angebote für die gesamte Metropole, wirken aber zugleich polyzentrisch dezentral. Die Bedeutung der Kunstmuseen, so auch die des Museums in Bochum, gilt für die einzelne Stadt, ihre Zusammenarbeit aber erzeugt die metropolitane Wirkung.

Bei den finanziellen Möglichkeiten der Kulturförderung, seien es eigene Mittel, seien es Mittel des Bundes und des Landes NRW, ist gerade jetzt die Benachteiligung der Metropole Ruhr eklatant sichtbar geworden. Das Bochumer Musikforum hat 40 Millionen € gekostet, bei nur vergleichsweise geringen Überschreitungen der geplanten Kosten; die Elbphilharmonie in Hamburg 800 Millionen €, bei einer Vervielfachung der geplanten Kosten. Der Hamburger Finanzskandal wird publizistisch gerechtfertigt, Bochum wegen finanzbedingter Ausgaben jedoch angeprangert. Deshalb ist die Frage berechtigt: Rechtfertigt die Differenz zwischen 2.100 zu 960 Sitzplätzen eine Kostendifferenz um das 20fache?

(Es stellen sich weitere Fragen, die auf Antwort warten.)

1.10 Bürgergesellschaftliches Engagement

Sozial engagierte Tätigkeiten sind in allen Gesellschaften eine Selbstverständlichkeit. Durch Jahrhunderte vollzogen sie sich im großfamiliären Verbund. Seit der Industrialisierung überwog die Arbeitsteilung zwischen entlohnt arbeitenden Männern und unentlohnt sozial arbeitenden Frauen. Das montanindustrielle „Ruhrgebiet“ war so besonders geprägt. Staat bzw. Kommunen und marktwirtschaftlich handelnde Unternehmen erbrachten nur einen geringen Teil der erforderlichen sozialen Dienstleistungen. Die Auflösung der Großfamilie bis hin zu vielen alleinerziehenden Eltern sowie die rechtliche und sozialökonomische Gleichstellung der Frauen haben die Relationen zwischen staatlich bzw. kommunal, privatwirtschaftlich und gesellschaftlich erbrachten sozialen Dienstleistungen radikal verändert. Viele soziale Dienstleistungen werden inzwischen durch entlohnte Arbeit - gerade auch von Frauen - marktwirtschaftlich erbracht. Sie können allerdings nur in Anspruch genommen werden, wenn Menschen,

die sie benötigen, über ein ausreichendes Einkommen verfügen. Dafür sorgt zum Teil der Staat zw. die Kommunen durch Transferleistungen bis hin zur Sozialhilfe und durch staatlich finanzierte Angebote. Aber nicht der gesamte Bedarf an sozialen Dienstleistungen kann so erfüllt werden. Dafür bedarf es bürgergesellschaftlichen Engagements.

Die Bochumer SPD setzt auf Bürger und Bürgerinnen, die Schwächeren Solidarität geben können. Von der Stadtverwaltung getragene Transparenz sollte es möglich machen, dass jeder weiss, wo er sich engagieren kann und jeder weiss, wo er soziale Hilfeleistungen bekommen kann.

(Es stellen sich aber Fragen, welche Initiativen Unterstützung brauchen, um besser tätig sein zu können. Nach Antworten wird gesucht.)

II Bochum als Wirtschafts-, Arbeits- und Qualifizierungsstandort

Technologische Veränderungen mit ökonomischer Bedeutung für immer differenziertere Produktionen und Dienstleistungen durch Unternehmen und Institutionen ermöglichen wirtschaftliche Entwicklung, verbunden mit Möglichkeiten entlohnter Arbeit. In den letzten Jahrzehnten hat sich so der Übergang von der **Industrieökonomie zur Wissensökonomie** vollzogen. Das Beharren der Montanindustrie hat diese Entwicklung im „Ruhrgebiet verlangsamt. Die Folgen sind an der Struktur des lokalen Sozialprodukts und der Arbeitsplätze abzulesen. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Bochum setzt auf die Innovationsfelder IT- Sicherheit, Produktions-, Kreativ- und Gesundheitswirtschaft.

2.1 Sektorale Verteilung des Sozialprodukts und der Arbeitsplätze

Auch Bochum ist inzwischen von der Erbringung von Dienstleistungen und von Arbeitsplätzen in diesem Dienstleistungsbereich geprägt. Vor allem für Arbeitsuchende ist diese Information wesentlich. Die einseitige Betonung der industriellen Produktion als kommunikativer Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik kann zu Missverständnissen bei der Berufsorientierung führen.

Heute

Im Juni 2016 verteilten sich die 127 459 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Bochum prozentual wie folgt (Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Stand 30. Juni 2016):

Produktionssektor	18 Prozent
Dienstleistungssektor	82 Prozent

Der Dienstleistungssektor ist in Bochum deutlich stärker ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt (70,6 %). Die einzelnen Dienstleistungsbereiche sind in Bochum mit folgenden Anteilen und Beschäftigtenzahlen vertreten:

	<u>%-Anteil</u>	<u>Anzahl</u>
Handel (inklusive Instandhaltung u. Rep. v. KFZ)	15,1	19.308
Gesundheitswesen	10,0	12.754
Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung	8,1	10.371
Heime u. Sozialwesen	7,8	9.957
Erziehung und Unterricht	7,6	9.737
Immobilien plus freiberuflich wissenschaftliche u. techn. Dienste	6,8	8.701
Sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	6,0	7.625
Verkehr und Lagerei	5,0	6.419
Dienstleistungen für Haushalte und private Kunden	4,0	5.112
Arbeitnehmerüberlassung	3,6	4.559
Information und Kommunikation	3,1	3.981
Gastgewerbe	2,5	3.167
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2,2	2.850

Im Produktionssektor bietet die Metall-, Elektro- und Stahlindustrie die meisten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze an. Die folgende Tabelle schlüsselt die Beschäftigten im Produktionssektor nach Wirtschaftsbereichen auf:

	<u>%-Anteil</u>	<u>Anzahl</u>
Metall-, Elektro, Stahlindustrie	8,5	10.793
Baugewerbe	5,2	6.605
Herstellung häuslich konsumierter Gütern	1,4	1.790
Herstellung von Vorleistungsgütern	1,2	1.574
Bergbau, Energie, Wasserversorgung	1,7	2.126

Über das Spektrum und die Arbeits- und Einkommensqualität von Dienstleistungsarbeit herrscht weit verbreitet unzulängliche Kenntnis. Dienstleistungen erbringen höchst bezahlte Unternehmensvorstände ebenso wie die für Mindestlöhne arbeitenden Reinigungskräfte oder Aushilfskräfte in der Gastronomie. Die Arbeitsbedingungen sind entsprechend unterschiedlich. In industrialisierten Dienstleistungsunternehmen, so in der Logistik, sind auch straffst organisierte Arbeitsabläufe eingerichtet. Die Arbeitsbedingungen im Dienstleistungsbereich sollten intensiver in das Blickfeld staatlicher Arbeitsaufsicht und der Gewerkschaften rücken.

Morgen und Übermorgen

Neue Technologien und Innovationen bieten Chancen, die wirtschaftliche Entwick-

lung in Bochum aktiv zu gestalten. Dabei ist die Zeit der großen Unternehmen und der Massenproduktionen, wie sich mit dem Weggang von Opel und Graetz zeigte, weitgehend vorbei.

Die Zukunft gehört kleineren und mittleren Unternehmen mit innovativen Produkten und Dienstleistungen, vor allem in den Bereichen Medizintechnik, Informationstechnologie, perspektivisch neuen Fertigungsverfahren wie dem 3D Druck. Diese Bereiche gilt es auf Dauer in Bochum mit hochwertigen Produkten zu etablieren. Neugewonnene Stärken in der Gesundheitswirtschaft sind weiter zu entwickeln und die Chancen im Bereich der IT-Sicherheit an der Schnittstelle zu Gesundheit und Industrie 4.0 zu nutzen. Sicher gilt es auch alte Stärken in der Produktion möglichst zu bewahren, aber auch Weichen für neue Branchen, Unternehmen und insbesondere für eine erstklassige Innovationskultur zu stellen.

2.2 Technologische Veränderungen mit ökonomischer Bedeutung

Innovative Wirtschaftsförderung in Bochum sollte sich auf Gesundheitswirtschaft, Additive Fertigung/3D-Druck, IT-Sicherheit, bei der Bochum ein Alleinstellungsmerkmal erreichen könnte, konzentrieren.

2.2.1 Gesundheitswirtschaft

Bereits heute verfügt Bochum über ein weitreichendes Netz an Forschungseinrichtungen und Unternehmen der Biomedizin und Medizintechnik, die Bochum zu einem der führenden Standorte in der Gesundheitsforschung und der Gesundheitswirtschaft machen. Dazu zählen u.a. der Gesundheitscampus mit der Hochschule für Gesundheit, die Ruhr-Universität Bochum mit der Fakultät für Medizin und einem medizintechnischen Lehrstuhl, das Zentrum für Telemedizin und Telematik und zahlreiche Unternehmen der Medizintechnik. Das Potential liegt dabei in neuen Produkten, strukturellen Innovationen und einem kreativen Umfeld für Innovatoren und Investoren.

Heute

Bochum ist attraktiv für Unternehmen, die medizintechnische Innovationen im klinischen Umfeld entwickeln. Das Konsortium „NeuroTechGate“ ging als Gewinner aus der Ausschreibung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Industrie-in-Klinik-Plattformen“ hervor. Ziel des Projekts ist es, erfolgversprechende Ansätze für neue Medizinprodukte in enger Zusammenarbeit zwischen Industrie und klinischen Anwendern zu realisieren. Diesen Nukleus gilt es durch die Förderung und Ansiedlung neuer Unternehmen auszubauen.

Schwerpunkte sind Neurowissenschaften/Neurorehabilitation. Bochum hat bereits heute einen Schwerpunkt in den Neurowissenschaften, der jüngst gestärkt wurde: Eine Junior-Professur aus dem Emmy Nöther Programm in den klinischen Neurowissenschaften sowie das Konsortium „Neuro-Tech Gate“, das zukünftig Medizinprodukte für die Diagnostik und Rehabilitationen von Erkrankungen des Nervensystems entwickeln soll.

Perspektive sind Individuelle Medizinprodukte. Individuelle Medizinprodukte werden zukünftig immer stärker nachgefragt. Das vorhandene Know-how in der Medizintechnik kombiniert mit der zunehmenden Etablierung neuer Fertigungsverfahren wie der additiven Fertigung und dem 3D-Druck bergen ein großes Potential für neue Produkte und Arbeitsplätze in Bochum. Dieses Potential gilt es nachhaltig zu fördern.

Möglich sind datengestützte Medizin mit neuen Versorgungskonzepten und Dienstleistungen. Big Data und Telemedizin bieten die Möglichkeit für neue Produkte und Dienstleistungen im Bereich der apparativen und strukturellen Gesundheitsversorgung, wie z.B. digitale Medizinprodukte und neue Versorgungskonzepte auf der Basis der Telemedizin. IT-Sicherheit von Medizinprodukten spielt zukünftig eine entscheidende Rolle in der vernetzten Gesundheitsversorgung. An der Schnittstelle zwischen IT-Sicherheit, Medizinprodukten und Telemedizin besteht ein großes Potential für die medizinische IT.

Morgen und Übermorgen

Herausforderungen sind die Schaffung von optimalen Arbeits- und Kreativitätsbedingungen, die Etablierung von Innovationsnetzwerken, die Bereitstellung von Wagniskapital zur Förderung und Etablierung junger Unternehmen in der Gesundheitswirtschaft. Für den Schwerpunkt Neurowissenschaften sollte perspektivisch die Ansiedlung eines Fraunhofer-Instituts angestrebt werden.

Zu stärken ist die Innovationskultur durch Auf- und Ausbau von Innovationsnetzwerken, insbesondere an den Schnittstellen von unterschiedlichen Disziplinen. Dazu gehört die Bereitstellung von Wagniskapital.

2.2.2 Additive Fertigung/3D Druck – langfristig neue Produktionsverfahren in Bochum etablieren

Die Fertigung bzw. Produktion war eine Stärke der Montanindustrie. Mit dem strukturellen Wandel sind aber viele Unternehmen abgewandert. Mit der Digitalisierung, Industrie 4.0 und neuen Fertigungsverfahren besteht die Chance, mittel- bis langfristig an diese Tradition mit neuen Unternehmensgrößen anzuknüpfen. Als Additive Fertigung bezeichnet man einen Prozess, bei dem durch das schichtweise Ablagern von Material ein Bauteil aufgebaut wird. Immer häufiger wird der Begriff „3D-Druck“ als Synonym für die Additive Fertigung verwendet. Die aktuelle Entwicklung deutet weniger auf eine Revolution denn auf eine Evolution hin. In den nächsten 10 bis 20 Jahren wird das Nutzenpotenzial vor allem in der Einzelteil- und ggf. Ersatzteilproduktion sowie bei der Erzeugung neuer Produkte mit neuen Eigenschaften und Funktionalitäten gesehen. Anwendungsbereiche sind der Maschinen- und Anlagenbau sowie die Fertigung für die Metall- und Elektroindustrie und die Medizintechnik.

Erforderlich ist die nachhaltige und risikobereite ideelle und finanzielle Förderung neuer Fertigungstechnologien, insbesondere vor dem Hintergrund der aufkommenden Digitalisierung.

2.2.3 IT-Sicherheit – Alleinstellungsmerkmal mit Potentialen für Produkte und Dienstleistungen

Die IT-Sicherheit und hier insbesondere das Horst-Görtz-Institut ist ein herausragendes Alleinstellungsmerkmal Bochums. Mit der zunehmenden Bedeutung der IT-Sicherheit in der Medizintechnik, Telemedizin und der vernetzten Produktion, hier insbesondere im Bereich Industrie 4.0, kann sich Bochum mit dem Thema IT-Sicherheit. Zur Digitalisierung gehört auch die Erforschung ihrer sozialen Folgen. Das Center for Advanced Internet Studies könnte das mit Erprobung seiner Erkenntnisse in Bochum leisten.

Industrie 4.0 braucht IT-Sicherheit. Die Vision von Industrie 4.0 beschreibt eine neue Art der Produktion, die durch eine durchgängige Digitalisierung und die stärkere innerbetriebliche sowie überbetriebliche Vernetzung geprägt ist. Für die Zuverlässigkeit solcher Systeme und zum Schutz sensibler Unternehmensdaten ist ein hohes Maß an IT-Sicherheit unabdingbar. IT-Sicherheit wird, als eine Dimension der Produktqualität der in Deutschland produzierenden Unternehmen, der entscheidende Erfolgsfaktor für die Umsetzung der Vision „Industrie 4.0“ sein. Dieser Bedarf ist Chance für den Standort Bochum sich in der IT-Sicherheit weiter zu entwickeln durch Etablierung als Top-Standort für angewandte IT-Sicherheit. Das ermöglicht die Stärkung des Innovationstransfers von der Wissenschaft in die Praxis durch die Förderung von Ausgründungen. Weiterbildungsangebote im Bereich IT-Sicherheit für Akademiker und betriebliche Fachleute gehören dazu. Anzustreben sind weitere Professuren im Bereich IT-Sicherheit für die industrielle Produktion.

2.3 Arbeitsmarktperspektiven

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Bochum ist einbezogen in die institutionalisierte Arbeitsmarktpolitik in Deutschland mit ihren Vorzügen und Schwächen. Ein für Bochum spezifischer Mangel an Finanzmitteln bzw. Institutionen/Trägern für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen oder Flexibilität bei der Ausgestaltung von Maßnahmen besteht eher nicht. Erforderlich ist aber in Bochum wie in anderen Städten zwischen Ruhr und Emscher ein sozialer Arbeitsmarkt.

Zur Verringerung der Arbeitslosigkeit könnten vorausschauende Bedarfsmeldungen großer Arbeitgeber in Bezug auf Ausbildungsplätze und offene Stellen, Initiative zur Steigerung des Bildungsbewusstseins Langzeitarbeitsloser, Angebote von Teilqualifikationen durch Modularisierung und übergreifend ein sozialer Arbeitsmarkt beitragen. Große Arbeitgeber, wie Vonovia, BP, Hochschulen und Verwaltungen sollten ihren mittelfristigen Bedarf in Bezug auf Ausbildungsplätze und erforderliche Qualifikationen transparent machen und der Arbeitsverwaltung in Bochum melden. Diese Transparenz können die Betriebe mit ihren Aktivitäten im Bereich Employer Branding verbinden. Ebenso sollten insbesondere die großen Betriebe und Verwaltungen motiviert werden, vermehrt offene Stellen vorausschauend zu melden und in einen Dialog zu vorausschauenden Personalplanungen einzutreten.

Bei einem Teil der Langzeitarbeitslosen wird eine Distanz zu Umschulungsmaßnahmen konstatiert. Gründe können vielfältig sein, wie mangelndes Vertrauen auf bessere Vermittelbarkeit im Anschluss an die Umschulung, Angst vor dem Lernen, Konflikte mit zeitweise befristeten, oft geringfügigen Beschäftigungszeiten, Bildungsferne der sozialen Umwelt. Zeitliche Überschneidungen von Qualifizierungsmaßnahmen/Um-

schulungen und anderweitigen Beschäftigungsverhältnissen im Rahmen von kurzzeitigen Befreiungen aus der Arbeitslosigkeit werden als ein relevantes Hemmnis für längere Umschulungen wahrgenommen. Daher soll geprüft werden in welchem Rahmen Angebote von Teilqualifikationen, wie Splitting von Umschulung in Teilmodule, sinnvoll und möglich sind.

Ein Großteil der Leistungsberechtigten die nach SGB in den Aufgabenbereich der Arbeitsmarktpolitik fallen, sind keine Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld als Lohnersatzleistung erhalten, sondern Arbeitslose, die Grundsicherung erhalten. Unter denen ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen sehr hoch. Weiter gibt es Leistungsberechtigte, die zwar faktisch und formell als erwerbsfähig gelten, die aber aufgrund von chronischen körperlichen und/oder psychischen Erkrankungen oder akuten bzw. überwundenen Suchtproblemen in ihrer Leistungsfähigkeit und faktischen Beschäftigungsfähigkeit stark eingeschränkt sind. Eine Integration dieser Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt ist nahezu ausgeschlossen. In anderen Industriestaaten werden diese Personengruppen als erwerbsunfähig angesehen.

Diese Arbeitslosen können durch einen **sozialen Arbeitsmarkt**, durch öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse langfristig in ihrer Beschäftigungsfähigkeit unterstützt werden. Defizite in der gesellschaftlichen Teilhabe können so kompensiert werden, wofür insbesondere die Erfahrung regelmäßiger, als sinnvoll empfundener Arbeit für einen eigenen Lohn ausschlaggebend ist. Die Langfristigkeit der Förderung und die Unabhängigkeit beziehungsweise Distanz zum Jobcenter haben ebenfalls Normalisierungseffekte.

Zielgruppe eines sozialen Arbeitsmarkts sind Personen, die trotz einer guten konjunkturellen Ausgangslage mittelfristig keine Chancen auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben, die mindestens zwei Jahre arbeitslos waren und bei denen auf individueller Ebene komplexe Problemlagen vorliegen, weil gleich mehrere Vermittlungshemmnisse zusammenkommen. Lange Arbeitslosigkeit, gesundheitliche Einschränkungen und fortgeschrittenes Alter gehen zum Beispiel häufig Hand in Hand.

2.4 Produktionsstandorte

Ausreichende Gewerbeflächen für die industrielle Produktion sind auch in Bochum erforderlich. Die Montanindustrie hat große Areale leer fallenlassen. Ihre Neunutzung ist häufig durch Altlasten erschwert. Die Ausweisung neuer Flächen in vorherigem Freiraum ist umstritten.

Heute

Derzeit verfügt Bochum über ein ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen für Nutzungen, über die gegenwärtig zu entscheiden ist. Flächenrecycling ist dafür möglich. Mit Mark 51°7 steht ein großes Areal zu Verfügung. Die Aufbereitung von Gewerbeflächen ist nur mit finanzieller Hilfe des Landes, ggf. des Bundes und der EU, möglich. Die entsprechenden Förderrichtlinien benachteiligen den Verkauf an ortsansässige kleine und mittlere Unternehmen. Diese Bestimmungen sind nicht problemgerecht und sollten geändert werden.

Morgen und Übermorgen

Die längerfristigen Bedarfe sind abhängig von der technologischen Entwicklung. Dabei ist Flächenintensität der industriellen Produktion ein bislang unzureichend beachtetes Prinzip.

(Es stellen sich weitere Fragen, die auf Antworten warten.)

2.5 Dienstleistungsstandorte

Der gestiegene und weiter steigende Anteil des Dienstleistungssektors am Sozialprodukt wie an den Arbeitsplätzen wirft die Frage auf, wo diese Dienstleistungen räumlich erbracht werden. Sie lässt sich aus Mangel an Daten nicht beantworten.

Heute

Es ist eine Bestandsaufnahme der Standorte der Dienstleistungserbringung vorzunehmen.

Morgen und Übermorgen

Dienstleistungserbringung ist in die räumliche Entwicklung Bochums einzuplanen. Das kann Bedeutung für das Angebot an Gewerbeflächen haben, möglicherweise wird dabei ein geringerer Bedarf erkennbar.

(Es stellen sich weitere Fragen, die auf Antworten warten.)

2.6 Standort für Absatz und Handel

Der Handel in Bochum ist räumlich auf die Innenstadt, den Ruhr-Park, auch das Hannibal Center in Hofstede und eingeschränkt das Zentrum Wattenscheids konzentriert. Damit stellt sich die Frage nach Standorten des Einzelhandels in den Stadtteilen und Quartieren. Damit verbunden ist die Frage nach den Standorten kundennaher Handwerksbetriebe und der Gastronomie.

Heute

Auf der Grundlage des bestehenden Einzelhandelskonzepts muss geprüft werden, wie der Handelsstandort Innenstadt verbessert bzw. vor Abwertung bewahrt werden kann. Das steht im Zusammenhang mit der Nutzung des Gerichtsgeländes. Es schließt die Parkraumbewirtschaftung ein. Zu prüfen ist auch die Stärkung des Handels in Wattenscheid ebenso wie in relativ gut funktionierenden Stadtteilen, so Linden und Langendreer. Die Stabilisierung der Nahversorgung in manchen Stadtteilen und Quartieren ist problematisch und ungelöst.

Ein Hindernis ist auch die Zeitdauer der Genehmigungsverfahren. Als Prinzipien der Verfahren sollte gelten: nicht länger als drei Monate und mit Vorschlägen für die kostengünstigste Lösung.

Morgen und Übermorgen

Es ist ein umfassendes Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept zu entwickeln. Der Widerspruch zwischen der Fokussierung auf Handelsketten einerseits und den Möglichkeiten von Trinkhallen, Wochenmärkten und ambulanten Angeboten andererseits ist anzugehen. Der wachsende Anteil von Migranten könnte deren Interessen an kleinunternehmerischen Handels- und Handwerksangeboten effizient werden lassen. (Es stellen sich weitere Fragen, die auf Antworten warten.)

2.7 Berufliche Qualifizierung und lebenslanges Lernen

Berufliche Qualifizierung und lebensbegleitendes Lernen sind eine Bedingung der wirtschaftlichen Entwicklung wie der Schlüssel zur sozialen Integration. Die Ausbildungswege der Heranwachsenden sind auf der Grundlage des Schulrechts und des Rechts auf Arbeitsvermittlung bekannt.

Heute

Für die Organisation von Berufsausbildung, Berufseintritt und Wiedereingliederung sind bei der Industrie- und Handelskammer Bochum der Berufsbildungsausschuss und ein regionaler Lenkungskreis gebildet. Dabei wirken Arbeitgeber einschließlich Kreishandwerkerschaft, Gewerkschaften und Berufsschullehrer zusammen, bei Teilnahme der Agentur für Arbeit. Die Volkshochschule ermöglicht Weiterqualifizierungen. Auf der Grundlage dieser Zusammenarbeit ist ein problemgerechtes Engagement einzelner Ausbildungs- und Arbeitgeber möglich, auch bei größerer Transparenz im Interesse der Betroffenen.

Morgen und Übermorgen

Primäre Berufsausbildung oder ein Studium werden immer weniger ausreichen, um ein ganzes Berufsleben zu bestreiten. Deshalb müssen neue Angebote zur Aus- und Weiterbildung auf- und ausgebaut werden. Fachqualifikationen, insbesondere im Kontext der Digitalisierung, sind Erfolgsfaktoren für Unternehmen, gerade in Bochum und den anderen Städten an Ruhr und Emscher.

Modellhafte Lernfabriken zur Anwendung der Digitalisierung in Industrie und Dienstleistungen und damit verbundene Berufsschulen, Weiterbildungsangebote durch die Hochschulen der Stadt - auch und gerade für nicht Akademiker - müssen ein Markenzeichen der Wissensstadt Bochum werden. Dazu gilt es die notwendigen Investitionen zu tätigen. Schwerpunkte dabei sind die Bereiche IT-Sicherheit, Big Data, Medizintechnik und Medizininformatik.

Bochum hat mit dem Horst-Görtz-Institut (HGI) ein international herausragendes Institut für IT-Sicherheit. Diese Potentiale gilt es zu nutzen, über die Grenzen der Universität und der Stadt hinaus. Mit einer perspektivischen Öffnung des HGI jenseits des akademischen Bereichs entsteht eine Chance für die Etablierung Bochums als Ort für Qualifizierung und Bildung. Um diese Bedarfe zu adressieren und die Potentiale zu nutzen, sollte perspektivisch eine Vernetzung mit den schulischen und beruflichen Einrichtungen in Bochum gesucht werden.

Weiterhin sollte perspektivisch eine Akademie für die IT-Sicherheit in Bochum entstehen, die eine bundesweite Ausstrahlung hat. Hier sollen Schüler, Facharbeiter,

Akademiker und Manager in Fragen der IT-Sicherheit qualifiziert werden. Bochum sollte sich perspektivisch als erste Adresse zur Qualifikation in IT-Sicherheit in Deutschland etablieren.

Die Digitalisierung vieler Lebensreiche stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen im Bezug auf den Umgang mit diesen Technologien. Dabei gilt es noch vieles zu erforschen und darauf gestützt zu lernen. Eine Chance ist dabei das „Center for Advanced Internet Studies (CAIS)“, das im Exzenterhaus arbeiten wird. In Zusammenarbeit damit könnte Bochum exemplarisch eine „Stadt des Lernens mit der Digitalisierung“ werden.

2.8 Hochschulen

Hochschulen spielen in der wissensbasierten Ökonomie eine zentrale Rolle. Sie sind zukünftig nicht nur ein Ort des Forschens, der Lehre und der Weiterbildung, sondern auch Ausgangspunkt und Treiber technischer und gesellschaftlicher Innovationen.

Heute

Bochum ist mittlerweile „die“ Hochschulstadt in der Metropole Ruhr. Hier gibt es acht Hochschulen mit über 56.000 Studierende aus 150 Nationen und mehr als 10.000 Beschäftigten, von denen allein 7.500 im wissenschaftlich-künstlerischen Bereich tätig sind. Neben der Ruhr-Universität Bochum, der Hochschule Bochum, der Evangelische Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe und der Technische Hochschule Georg Agricola gibt es als relativ neue Einrichtungen die EBZ Business School, die Hochschule für Gesundheit, die Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung und die Folkwang Universität für Künste. Nach absoluten Zahlen ist Bochum zweitgrößter Hochschulstandort in Nordrhein-Westfalen und sechstgrößter Deutschlands.

Die Bochumer Hochschullandschaft ist damit der zentrale Ausgangspunkt für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Stadt geworden. Sie ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Innovationsfaktor und bereichert das kulturelle Leben in Bochum. In den letzten Jahren ist es gelungen, mit dem Netzwerk der UniverCity Bochum, in dem neben den Hochschulen die Stadt Bochum, das Deutsche Bergbau Museum als Leibnitz Forschungsmuseum, das Bochum Marketing und die IHK vertreten sind, eine gemeinsame Zukunftsstrategie für Bochum zu entwickeln. Dabei wird versucht das Konzept der Wissenschaftsstadt in Richtung einer Wissensstadt weiterzuentwickeln.

Vor dem Hintergrund, dass an der ursprünglich für maximal 15.000 Studierende konzipierte RUB heute 43.000 Studierende und 5.500 Beschäftigte gibt und es damit eng geworden ist, plant die RUB eine neue dreipolige Standortentwicklung mit den Polen Campus RUB, Innenstadt und Mark 51°7. Die ursprüngliche Zielvorstellung, alle universitären Einrichtungen auf einem klar abgegrenzten Campusareal zu bündeln, wird zugunsten einer weitergehenden Perspektive aufgegeben, die verschiedenen Standorten unterschiedliche Funktionen und inhaltliche Profile zuweist.

Morgen und übermorgen

Die RUB arbeitet darauf hin, als international anerkannte Forschungsuniversität einen Platz unter den 15 führenden Universitäten Deutschlands einzunehmen. Sie wird ne-

ben der Grundlagenforschung ihre Aktivitäten in der angewandten Forschung sowie ihre internationalen Forschungsaktivitäten forcieren und ihr Profil durch Einwerbung weiterer Forschungsbauten und strategische Berufungen stärken.

In der UniverCity wird versucht gemeinsam Talente und Begabungen zu entdecken und zu fördern, indem Bildungs- und Berufsbiographien aktiv begleitet, Rahmenbedingungen für eine breite Bildungsbeteiligung verbessert und Übergänge, insbesondere zum Studium, durchlässig gestaltet werden. Zudem sollen die Perspektiven nach dem Studium verbessert werden, indem auf berufliche Perspektiven in der Metropole Ruhr aufmerksam gemacht, berufstätigkeitsunterstützende Angebote geschaffen, die Gründungsbereitschaft erhöht, Gründungen unterstützt und die Hochschulen als attraktive Arbeitgeber weiterentwickelt werden. Das Zusammenwirken von Wissenschaft und Stadtgesellschaft soll gefördert und eine Willkommenskultur gelebt werden.

2.9 Digitale Infrastrukturen für eine moderne Stadt

Die herkömmliche Infrastruktur Bochums – Verkehr, Ver- und Entsorgung, öffentlicher Raum, Bildung – wird zunehmend durch die Anforderungen an eine digitale Infrastruktur ergänzt.

(Zur herkömmlichen Infrastruktur stellen sich weitere Fragen, die auf Antworten warten.)

Heute

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft werden zu einer alltäglichen und umfassenden Erfahrung. Sie verändert die Art und Weise, wie sich Menschen miteinander austauschen ebenso wie das Arbeitsleben in Wirtschaft und Verwaltung. Die heutigen Anforderungen an eine digitale Infrastruktur richten sich primär an die Verfügbarkeit schneller Internetanschlüsse für Unternehmen, Schulen und Hochschule und einen zeitgemäßen Bürger- und Unternehmensservice.

Letzterer Anforderung kommt die Stadt perspektivisch durch eine neue städtische Internetplattform nach, mit der Behördengänge vereinfacht werden sollen. Der Anschluss Bochums an das Breitbandnetz wird durch verschiedene kommerzieller Anbieter ermöglicht und entwickelt sich gut. Damit hat Bochum heute eine solide digitale Infrastruktur.

Morgen und übermorgen

Die Stadt Bochum hat den Anspruch formuliert, zukünftig Vorreiter bei der Digitalisierung von Wirtschaft, Wissenschaft und städtischem Leben zu werden. Dazu entwickelt Sie ein umfassendes Konzept, das insbesondere das städtische Leben bereichern und Bochum zu einem attraktiven Lebensort für junge alte, kreative und unternehmerische Menschen – kurz für alle machen soll. Dabei zeichnen sich folgende Handlungsfelder ab: Gesundheit, Lernen, Verkehr, Handel und Industrie 4.0 sowie die öffentliche Verwaltung. In diesen und weiteren Sektoren muss Bochum durch eine intelligente städtische Vernetzung zu einer innovativen und attraktiven Stadt werden. Beispielsweise seien die Themen Arbeit und Qualifikation genannt.

Die aufkommende Digitalisierung und Industrie 4.0 ermöglichen es, neue Unternehmen in Bochum anzusiedeln. Dies erfordert die Verwirklichung eines schnellen Internets (5G) für Unternehmen einerseits, andererseits aber gut ausgebildete Fachkräfte sowie neue Lern- und Qualifikationskonzepte. Nur so lassen sich Unternehmen in Bochum halten und neue gewinnen. Dazu gilt es moderne Infrastrukturen an Berufsschulen zu schaffen und sogenannte digitale Lernfabriken, wie sie bereits in anderen Regionen entstehen, zu schaffen.

Weiterhin gilt es intelligente Bildungsnetze zu schaffen, die Bochum zu einem Vorzeigeort für Qualifizierung und Lebenslanges zu machen. So müssen Lernerfahrungen aus der Praxis stärker in die Lehr- und Lerngebote eingehen und die Erkenntnisse der angewandten Wissenschaft den Weg in die betriebliche Praxis und die Qualifizierung finden. Insbesondere im Thema IT-Sicherheit bieten sich in Bochum dazu ausgezeichnete Chancen.

2.10 Energieversorgung

Heute

Bochum hat sich um Innovation City beworben. Bochum ist zwar weit gekommen, dennoch hat Bottrop den Zuschlag erhalten. Eine sinnngemäße Überführung der Ereignisse, Umstellungen und Fortschritte aus Bottrop sollen überprüft werden.

Morgen und übermorgen

Eine Herausforderung ist die Nutzung erneuerbarer Energien bei der Stromerzeugung. Schon heute ist das in Städten zwischen Ruhr und Emscher in Sommermonaten zu 95% möglich, in Wintermonaten aber nur zu 5%. Erforderlich sind also Speicherkapazitäten; erste sind installiert. Ein Speicher-Crash-Programm, gefördert vom Bund, wäre der wohl wirksamste Beitrag zur Energiewende. Das könnte die lokale Energiewirtschaft auch in Bochum radikal verändern. Aufgaben der Stadtwerke könnten dann die Hilfen beim Einspeisen privat erzeugten Stroms in die Netze sowie die Um- und Ausrüstung öffentlicher Gebäude für den Einsatz erneuerbarer Energie und Wärmeeffizienz sein. Die Stadtwerke Bochum sind nicht mit dem RWE, aber mit der Steag verflochten und damit mit Steinkohlenkraftwerken. Der energiewendende Ausstieg aus den Kohlekraftwerken ist nur im Rahmen bundesrechtlicher, auch finanzieller Regelungen möglich. Soweit Wertverluste kommunale Miteigentümer betreffen, sind besondere Entschädigungsausgleiche erforderlich.

Eine Vielfalt von einzelnen Handlungsbereichen verbindet eine agglomerationsweite Energiewendekonzeption in den Städten zwischen Ruhr und Emscher mit dem Nachbarbergbau. Dazu gehören Windkraftanlagen auf Bergehalden, Geothermie, Nutzung von Grubenwasser. Die Verbindung postmontanindustrieller Tätigkeiten mit Strategien zur Energieeffizienz könnte international gefragtes Know-how sein.

(Es stellen sich weitere Fragen, die auf Antworten warten.)

3. Bochum – Stadt in der polyzentralen Kulturlandschaft Ruhr mit metropolita- nen Chancen

Zur Identifizierung mit einer Stadt gehören das Leben in ihrer Kulturlandschaft, das Kennen ihrer Geschichte und das Wissen über die weiteren Wege. Für Bochum ist das mit der Entwicklung vom montanindustriellen Ruhrgebiet zur Metropole Ruhr verbunden.

3.1 Die Kulturlandschaft gestalten

Kulturlandschaftlich ist Bochum durch die Wasserscheide von Ruhr und Emscher geprägt. Die Renaturierung der Ruhr begann bereits 1913 und gewann mit dem Kemnader Stausee für Bochum besondere Bedeutung. Seit 2005 erfolgt die Renaturierung der Emscher und ihrer Nebenläufe. Deren südliche Nebenläufe in Bochum waren lange verborgen oder zu Kötterbecken missbraucht.

Heute

Heute sind die Ruhr und ihre Uferbereiche als Erholungs- und Freizeitraum erfahrbar. Die Freizeit Kemnade GmbH verbessert die Möglichkeiten dauerhaft. Das Zeltfestival Ruhr ist ein attraktiver Event. Die ersten renaturierten Nebenläufe der Emscher sind erfahrbar, sie können als wohnungsnaher Freiräume genutzt werden. Weiter Fortschritte vollziehen sich kontinuierlich, so der Wattenscheider Bach.

Morgen und übermorgen

Die Beteiligung an der IGA 2027 kann die kulturlandschaftliche Attraktivität weiter erhöhen.

3.2 Die industrielle Prägung bewahren

1974 schloss mit dem Bergwerk Holland in Wattenscheid die letzte Zeche Bochums in seinen heutigen Grenzen. Weitere bergbaunaher Einrichtungen verließen die Stadt. Neue Industriebetriebe wie Opel und Nokia schufen über mehrere Jahrzehnte zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten. Aber sie entfalteten keine nachhaltige unternehmerische Wirkung für die wirtschaftliche Entwicklung. Auch die Stahlindustrie ging zurück. Aufgelassene Standorte werden für die Stadtentwicklung genutzt als Standorte für die Produktion sowie für andere räumliche Zwecke, der Westpark ist dabei herausragend.

Heute sind wettbewerbsfähige Stahlproduktionen zu verteidigen, aber auch neue Wege zu gehen. Das Erbe des Bergbaus wird genutzt mit ihren auch neuen Arbeitsplätzen, unterstützt von der Technischen Hochschule Georg Agricola und dem Bergbaumuseum, das derzeit erneuert wird. Mit dem Bergbau und der Stahlindustrie entstandene Unternehmen in den Bereichen Materialentwicklung, Recycling und Wasserwirtschaft leben nach Ende dieser Branchen fort.

Weichen müssen in Richtung neuer industrieller Produktionen und Branchen gestellt werden. Mit der Erschließung der ehemaligen Opel Fläche unter dem Namen Mark 51°7 wird perspektivisch eine für Unternehmen und Wissenschaft einmalige Chance zum Innovationstransfer geschaffen. Mit Mark 51°7 entsteht ein Symbol des Wandels und Aufbruchs in Bochum.

Morgen und übermorgen kann Bochum ein europäisches Zentrum der Bewahrung des Bergbaus und seines technologischen Wissens sowie der Nach-Bergbauforschung mit damit verbundenen globalen Exportmöglichkeiten werden. Andere Technologie und Innovation ermöglichen Chancen auf Wandel und Wachstum in Bochum. Dazu zählen insbesondere die Bereiche Medizintechnik, Industrie 4.0, 3D-Druck und IT-Sicherheit. Diese Potentiale gilt es zu identifizieren, zu entwickeln und in Form neuer Unternehmen anzusiedeln.

3.3 Anteil an der Entwicklung der Metropole Ruhr hin zu metropolitanen Funktionen

Das Ruhrgebiet hat seit 1920 mit der Gründung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk eine besondere kommunale Klammer erfahren, die das Handeln der einzelnen Kommunen koordinieren kann. 1925 und 1975 fanden Eingemeindungen statt, die auch Bochum zu seiner jetzigen Größe gebracht haben. Die Gebietsreform 1975 hat für Bochum die Eingliederung Wattenscheids gebracht. Die Wirkungen lassen sich kontrovers diskutieren. Weiter Zusammenschlüsse sind heute kaum zweckmäßig. Erforderlich sind die Weiterentwicklung des RVR und verstärkte kommunale Kooperation.

Heute

2015 hat das Gesetz über den Regionalverband Ruhr die Möglichkeiten der kommunalrechtlich verfassten Zusammenarbeit der Städte zwischen Ruhr und Emscher verbessert. Bis zu den ersten Direktwahlen zur Verbandsversammlung können nun Erfahrungen mit den neuen Aufgaben gewonnen werden. Daneben gibt es vielfältige Bereiche interkommunaler Zusammenarbeit, sowohl aller Städte, die Mitglied des RVR sind, wie zwischen einzelnen von ihnen. Für Bochum ist die seit 1920 bestehende BOGESTRA ein gutes Beispiel; Bochum arbeitet hier mit Gelsenkirchen zusammen. Eine verbesserte Kooperation mit der Verkehrsgesellschaft Ennepe-Ruhr ist jüngst entstanden.

Morgen und übermorgen

Der Druck, interkommunale Kooperationen der Städte in der Metropole Ruhr auszubauen, steigt aufgrund des Wunsches nach einer stärkeren gemeinsamen „Positionierung nach außen“ im Prozess der Europäisierung und Globalisierung und angesichts der schwierigen kommunalen Finanzsituation. Der Ausbau der interkommunalen Kooperation ist zudem wichtig, um die Steuerung und Koordinierung der Metropole Ruhr zu verbessern.

Ursachen ausbleibender Verbesserungen liegen in der Größe der Metropole Ruhr, in ihrer Polyzentralität und in lokalen Animositäten. Diese Einschätzung trifft aber nicht auf alle Politikfelder zu, denn in den Bereich des Abwassers, der Abfallentsorgung oder der regionalen Wirtschaftsförderung gibt es z.T. langjährige gute Zusammenarbeit. Zudem gibt es einige ermutigende Signale in den letzten Jahren. Dies gilt es weiter auszubauen. So ist z.B. die Entwicklung von Mark 51⁰⁷ keine rein Bochumer Angelegenheit. Das zeigte sich in der Förderung durch das Land - gerechtfertigt, weil sich angesichts der Größe und Zentralität des Geländes eine Chance für das die gesamte Metropole Ruhr ergibt.

Um die interkommunale Zusammenarbeit weiter auszubauen sind institutionelle Lösungen zu finden, die zwischen den Städten im und um die Metropole herum Arbeitsteilung, Profilbildung und Zusammenarbeit ermöglichen. Die weitere Ausgestaltung interkommunaler Kooperationen der großen polyzentrischen Metropole Ruhr sollte sich an Modelle einer „funktionalen regionalen Governance“ anlehnen. Damit ist eine von den Aufgaben abhängige, variable räumliche Zusammenarbeit gemeint. Das heißt, je nach Politikfeld muss die Kooperation nicht immer alle Kommunen betreffen und muss auch nicht auf den Raum des RVR beschränkt sein.

Interkommunale Zusammenarbeit wächst am besten durch Kooperationserfahrungen und Vertrauen der kommunalen Gebietskörperschaften zueinander. Wenn dies nicht von alleine geschieht, was in polyzentrischen Regionen nicht selten der Fall ist, braucht es auch externe Hilfen durch Expertise und/oder Druck.

Expertise könnte über die Aufbereitung von Erfahrungen funktionierender interkommunaler Zusammenarbeit in wichtigen Politikfeldern den Städten zur Verfügung gestellt werden, um die Chancen einer interkommunalen Zusammenarbeit zu verdeutlichen und den Druck auf Veränderungen zu erhöhen.

Druck entsteht vor allem aus der immer größer werdenden Finanznot der Kommunen in der Metropole Ruhr, die die sich auftürmenden Haushaltsdefizite aus eigener Kraft nicht abbauen können. Interkommunale Zusammenarbeit kann diese Defizite nicht beseitigen, aber dazu beitragen, die vorhandenen Ressourcen effizienter einzusetzen.

4. Polyzentrales Bochum mit Zentrum, Stadtteilen und Quartieren

Die kommunale Planungshoheit ermöglicht eine inspirierende, integrierende und koordinierende räumliche Planung des Stadtgebietes und seiner Teilräume. Auch noch bei der Finanznot im eigenen Haushalt ist sie eine zentrale Chance zur kommunalpolitischen Gestaltung der Stadtentwicklung Bochums. Dem Ziel einer funktionierenden und bedarfsgerechten Daseinsvorsorge verpflichtet und um die Vorzüge einer sozialen und für alle Bevölkerungsschichten lebens- und liebenswerten Stadt weiter zu entwickeln, bedarf es der räumlichen Betrachtung. Die funktionale und soziale Mischung, die Stärkung des Wohnens, eine umweltgerechte Mobilität und vieles mehr, gilt es auf dem zur Verfügung stehenden Raum sinnvoll neben- und übereinander zu beziehen und immer wieder den jeweiligen Anforderungen anzupassen. Wenn Bochum dabei

gegenüber deutlich finanzstärkeren Städten aufzuholen in der Lage sein soll, benötigt die Stadt eine aktive Planung.

Da im Unterschied zu den finanzstärkeren Städten die Umsetzung von Planungsvorstellungen ohne Fördermittel des Landes NRW, des Bundes und der EU zu meist unmöglich ist, sind die dazu erforderlichen Integrierten Entwicklungskonzepte (ISEK) auf der Gesamtstadtebene, für Stadtteile und für die Quartiere unverzichtbar. Dazu gehört ein neues Verständnis von aktiver Planung und bürgernaher Partizipation. Aus der Stadtgesellschaft heraus bringen sich Bürgerinnen und Bürger auf unterschiedlichen Wegen aktiv in Entscheidungsprozesse ein, sei es bei Planungen zum Bildungsangebot mit Fragen nach der Schule vor Ort, sei es bei verkehrlichen Fragestellungen, sei es im Besonderen bei Belangen im Stadtteil, im Quartier, für manchen vor seiner Haustür.

Wissen vor Ort, die Kenntnisse um alltägliche Bewegungsmuster und Abhängigkeiten im eigenen Lebensbereich sind ein mitzunehmender „Schatz“ einer neuen, alternativlos gewordenen integrierten Stadt(teil)entwicklung. Sowohl den Bezirksvertretungen als auch Bürgerinitiativen sind bereits mehr Gewicht und Mitspracherechte gegeben worden. Das ermöglicht lokale Stadtteilkonferenzen, deren Gestaltungsoptionen bei den politisch verbindlichen Entscheidungen im Rat zu beachten sind. Wenn diese Partizipation aber dauerhaft gelingen soll, braucht sie Unterstützung durch die Stadt Bochum. In sozial benachteiligten Stadtteilen sollten Stadtteilbüros in leer stehenden Ladenlokalen eingerichtet sein, in denen „Kümmerer“ Schnittstellen zwischen Engagement im Quartier und Rat und Verwaltung bilden. Kleine Teams aus Sozialarbeitern und Planungsfachleuten beraten und begleiten dabei lokal aktive Bürgerinnen und Bürger, sind Anlaufstelle und Kummerkasten für die tagtäglichen Probleme im Quartier, erkennen schnell Veränderungen und Fehlentwicklungen. Dabei zeigt sich, dass viele Probleme, Anregungen und Hinweise auf der lokalen Ebene schneller und effizienter gelöst werden können und so auch Erscheinungen von Politikverdrossenheit wirksam entgegen getreten werden kann.

Lokale Bürger-Akteure können sich so in unterschiedlichen Konstellationen aufstellen. So können z.B. die Amtskirchen neben ihrem seelsorgerischen Auftrag gesellschaftspolitische Verantwortung für eine sozialgerechte Entwicklung im Quartier übernehmen. Damit lassen sich die Integration von Neubürgern aktiv unterstützen und Orte und Netzwerke des sozialen Zusammenhalts, der kulturellen Begegnung und Inklusion schaffen. Vorbild kann eine Resolution der vier großen Kirchen im Stadtteil Hamme sein, die Aufgaben und Verantwortungen konkret beschreibt und aufzeigt, wie ein neues Zusammenleben im Stadtteil gelingen kann. Wichtige Partner sind dabei mit langer und guter Tradition die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, die auf die sich verändernde und alternde Stadtgesellschaft und die Segregationstendenzen innerhalb Bochums schnell reagieren und mit sozial-flankierenden Maßnahmen und Unterstützungsangeboten die Stadtteilarbeit wirkungsvoll unterstützen.

4.1. Gesamtstadt

Die Stadt hat rund 40 kleinste, kleine und zwei größerer Zentren. Die beiden Zentren von Bochum und Wattenscheid besitzen wichtige funktionale und mentale Bedeutun-

gen. Im Zusammenhang der kommunalen Neugliederung 1975 entstandene oder empfundene Benachteiligungen Wattenscheids müssen weiter ausgeglichen und damit überwunden werden. Zusammen mit der Wohnung, dem Haus, der unmittelbaren Nachbarschaft, den Orten der Arbeit und des Lernens, der Freizeit und des Sportes, sind die Zentren eine räumliche Lebensmitte und ein funktionaler Lebensmittelpunkt in der Stadt.

Während für wichtige Handlungsbereiche wie Wohnen und Einzelhandel sowie für Teilräume der Stadt Integrierte Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) bzw. Masterpläne oder Handlungskonzepte vorliegen bzw. in der Erarbeitung sind, liegt für die Gesamtstadt keine umfassende räumliche Planung vor. Der Regionale Flächennutzungsplan im Maßstab 1:50.000 kann diese Aufgabe nicht leisten. Ältere Ansätze waren durchaus leitend, wie das Konzept der „Cityradialen Bochum“ für die Erneuerung der großen Radialstraßen - Dorstener Straße, Herner Straße, Wittener Straße, etc.. Weniger Wirkung entfaltet das Räumliche Entwicklungskonzept „Perspektiven 2015“, das im Geiste der noch frischen IBA Emscher Park über geclusterte Projektschwerpunkte beschrieb. Nie förmlich beschlossen und auch nicht gelebt, blieb es ein Diskussionspapier, das keine handlungsleitende Funktion für die weitere Entwicklungsplanung übernahm.

Heute

Die Folgen der ökonomischen, städtebaulichen und sozialen Veränderungen nach dem Bedeutungsverlust der Montanindustrie hat Bochum trotz der Bedeutung der Hochschulen noch nicht überwunden. Die jüngsten Veränderungsprozesse, wie die Schließung der Opelwerke oder die Finanznot - und damit das Fehlen von ausreichenden eigenen Mitteln - erschweren die Handlungsfähigkeit für die Stadtentwicklung. In administrativ aufwendigen Prozessen werden Fördermöglichkeiten gesucht. Das Niveau der Daseinsvorsorge, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie die ökologische und räumliche Lebensqualität sind weiterhin hinter dem anderer mitteleuropäischer Großstädte zurückgeblieben. Es ist damit eine große Leistung, dass die Entwicklung der Innenstadt, der ehemaligen Opelflächen und des Wohnungsbaus Fahrt aufnehmen konnten und bereits positive Entwicklungen sichtbar werden. Ohne die Fördermittel des Landes NRW und des Bundes wären aber auch diese Entwicklungen wie auch die Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) in Werne- Langendreer, Wattenscheid und Laer ausgeschlossen gewesen.

Morgen und übermorgen

Die Handlungsziele der Bochum Stadtentwicklung sollten einem räumlichen Leitbild folgen - für die Gesamtstadt wie für die Quartiersebenen. Eine solche Gesamtplanung muss zwischen ruhigen und notwendigerweise aktiven Interventionsbereichen unterscheiden. Aus der Überlagerung von städtebaulichen, technischen und sozialen Grundlagen durch die überordneten Ziele und Vorgaben der „Bochum Strategie“, durch die „Drei-Pol-Strategie“ der Ruhr-Universität und durch den Regionalen Flächennutzungsplan ist so etwas wie ein „räumliches Regiebuch“ zu entwickeln. Dessen koordinierende Wirkung kann dann zur lokalen Orientierung und konzeptionellen Betrachtung der sozialen, sportlichen und kulturellen Einrichtungen der Stadt sowie zu deren finanziellen und nutzungstechnischen Optimierung beitragen.

(Es stellt sich als wesentliche Herausforderung, die auf Antwort wartet: ein integriertes Konzept stadträumlicher Planung, das einem Leitbild folgen sollte. Leitbild und Konzept zu beschließen sind Aufgaben des Rates.)

4.2. Stadtteile und Quartiere mit besonderen Herausforderungen

Die heutigen Stadterneuerungsgebiete liegen auf einem Gürtel auf der Höhe des alten Hellwegs: Vom Zentrum Wattenscheids im Westen, über das Westend, die Bochumer Innenstadt, das bereits „gesetzte“ Gebiet „Nachhaltigkeit nimmt Quartier“ in Hamme, die baulichen Massnahmen der Vereinigten Bochumer Wohnungsgesellschaft in der Flüsse- Siedlung, Laer mit Mark 51⁰⁷ und Langendreer-Werne im Osten der Stadt.

Heute

Mit einzelnen Planungen werden wichtige Handlungsbereiche, wie die Urbanisierung und Weiterentwicklung des Campus Bochum, die Entwicklungschancen für die ehemaligen Werksflächen Opel II und III und Probleme, etwa mit dem Verkehr in Hiltrup, Riemke und Hamme, Stiepel oder in Gerthe und auch die weitere Entwicklung des Stadtteilzentrum in Gerthe untersucht. Die Integration dieser und zahlreicher weitere Planungen in den Gesamtorganismus der Stadtteile und der Quartiere ist die eigentliche Herausforderung, die weit über die fachliche Optimierung hinaus reicht und den Umsetzungsprozess bestimmt. Dabei stellen sich Fragen nach der Förderung der unrentierlichen Aufwendungen und alternativ bzw. ergänzend nach der Herausbildung eines potentiellen Mehrwertes, der zu privaten Maßnahmen führt.

Morgen und übermorgen

Wenn die Stadt Bochum ihre durchaus schwierigen stadträumlichen Probleme überwinden möchte, muss sie ein neues Verständnis aktiver Planung entwickeln. Dies gilt für den Diskurs über die Planung, die Bedeutung der eigenen Möglichkeiten sowie die Verbindlichkeit und Verlässlichkeit der Planung.

Aus einer integrierten Gesamtplanung werden sich neue aktiv anzugehende Interventionsräume herausbilden. Sie müssen nicht alle mit den gleichen Instrumenten und dem gleichen Aufwand angegangen werden. Die Handlungsbereiche werden sich je nach Chancen- und Problemlage unterscheiden. Anzustreben sind Instrumente, die auch für kleine Aufgaben wirksame Eingriffe erlauben, um auch ohne eine aufwendig ermittelte und beschlossene Gebietskulisse Förderung durch das Land NRW und den Bund möglich zu machen. Dabei ist auf eine Änderung der Förderrichtlinien hinzuwirken, um den personelle Aufwand der Stadt entweder förderfähig zu stellen oder als Eigenanteil in der Förderung gegen zu rechnen.

5. Bochums Entwicklung im gegebenen institutionellen und finanziellen Rahmen

5.1 Bürgerfreundliche Verwaltung

Die Stadtverwaltung Bochum trägt mit ihren nahezu 6.000 Beschäftigten zu einem guten Funktionieren des Stadtlebens bei. Das Leistungsspektrum der Verwaltung reicht von der Bau-, und der Sozialverwaltung bis hin zur Wirtschaftsförderung und deckt damit viele Lebens- und Anspruchsbereiche der Bürgerschaft ab. Die Ansprüche an eine leistungsfähige Verwaltung wandeln sich. Bürgerinnen und Bürger erwarten eine professionelle, flexible und bedürfnisorientierte Bearbeitung ihrer Anliegen. Andererseits übt die Finanznot einen hohen Druck auf die Personalausstattung aus. Ein Abbau von Stellen in nennenswertem Umfang waren die Folge der letzten Jahre. Neue Gesetze des Landes NRW und der Bundesebene, die von den Kommunen umgesetzt werden müssen, oft mit zusätzlichem Personalaufwand, führen zu einer neuen und/oder veränderten Aufgabenwahrnehmungen - häufig ohne finanziellen Ausgleich durch die gesetzgebenden Ebenen.

Heute

Die Stadtverwaltung befindet sich in einem wahrnehmbaren Wandel hin zu einer bürgerorientierten Verwaltung. Der hohe Zuzug von Geflüchteten in den letzten zwei Jahren stellt neue hohe Anforderungen an sozialintegrative Aufgaben. Die Deckelung der Personalkosten, die mit der Bezirksregierung zur Einhaltung der Ziele der Haushaltskonsolidierung vereinbart werden musste, schreibt die entsprechenden Aufwendungen in den kommenden Jahren fest. In Bereichen der bürgernahen Verwaltung sind allerdings Ausnahmen erforderlich.

Morgen und übermorgen

Die Stadt Bochum sollte die Chancen der Digitalisierung konsequent nutzen und ihre Abläufe daraufhin überprüfen und anpassen. Dies schafft Spielräume in der Aufgabenerledigung und erhöht gleichzeitig die Qualität der Angebote für die Bürgerinnen und Bürger. Es sollte eine Konzeption erarbeitet und umgesetzt werden, wie kommunale Leistungen personell im Zuge der Digitalisierung erbracht werden können.

Die Sicherstellung in der Daseinsvorsorge findet in einer gewachsenen Aufgabenteilung zwischen der Stadtverwaltung und den kommunalen Unternehmen statt. Auch in Zukunft wird es darum gehen, Aufgaben zeitgemäß und in dafür angemessenen Strukturen zu erledigen. So war die Ausgliederung der Wirtschaftsförderung in eine eigenständige Gesellschaft sehr zielführend. Auch künftig sollte weiterhin geprüft werden, in welchen Strukturen Aufgaben effektiv und zweckmäßig erledigt werden können. Auch die Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit kann zu Synergien beitragen.

5.2 Finanzielle Möglichkeiten

Bochum wie alle Kommunen zwischen Ruhr und Emscher stehen unter dem Druck größer werdender Finanznot, die durch ihre jahrzehntelangen stärkeren Belastungen durch Sozialleistungen, bei durchschnittlich geringeren Steuereinnahmen, entanden sind.

Das gesamtstaatliche Defizit hat auf allen Ebenen die Haushaltskonsolidierungen erforderlich gemacht – weil hohe Zinsbelastungen die Ausgabenmöglichkeiten verringern und neuerdings globale Finanzspekulationen Risiken schaffen. Bochum wie alle Kommunen zwischen Ruhr und Emscher können aber die Haushaltsdefizite nicht aus eigener Kraft abbauen.

Heute – morgen und übermorgen

Der Bund hat seit 2015 seinen Haushalt ausgeglichen, 2016 erzielt er hohe Einnahmenüberschüsse. Das Land NRW hat 2016 erstmals seinen Haushalt ausgeglichen. Damit ergeben sich fiskalische Handlungsmöglichkeiten, auch Bochum wie alle Kommunen zwischen Ruhr und Emscher zu ausgeglichenen Haushalten zu verhelfen und Benachteiligungen bei bisherigen Förderungen wettzumachen. Dem dienen primär Beiträge zur Schuldentilgung der Kommunen durch den Bund, ggf. im Rahmen des Bund-Länder-Finanzausgleichs. Zusätzliche Förderungen des Bundes sollten sich auf den ÖPNV und die Forschungsförderung für Hochschulen konzentrieren. Das Land sollte insbesondere den besonderen Bedarf an Lehrern und Sozialarbeitern für Schulen in benachteiligten Quartieren erhöhen.

Diese fiskalischen Maßnahmen von Bund und Land NRW können durch Interkommunale Zusammenarbeit begleitet werden. Allein können so die Defizite nicht beseitigt werden, aber das kann dazu beitragen, die vorhandenen Ressourcen effizienter einzusetzen.

5.3 Bochum in NRW, in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union

Kommunalpolitik ist die untere Ebene eines demokratischen Mehrebenensystems, das der Entwicklung Europas nach den Weltkriegern und bei zunehmender Globalisierung entspricht. Ohne permanente Kontakte zur Landes-, Bundes- und EU-Politik ist auch die Bochumer Kommunalpolitik nur eingeschränkt erfolgreich.

5.3.1 Bochum in NRW

Nordrhein-Westfalen sticht wegen seiner Besonderheit aus dem Kreis der Länder hervor. Mittendrin liegt mit der Metropole Ruhr ein urbaner Ballungsraum, den es kein zweites Mal in Deutschland gibt. Und inmitten dieser polyzentrischen Metropole liegt Bochum.

Bochum hat dem Land NRW für die aktive Förderung eines sozialverträglichen und zukunftssträchtigen Wandels von der montanindustriellen Stadt zu einer Wissenschaftsstadt viel zu verdanken. Das war und bleibt eine gesamtstaatliche Aufgabe, um auch für Bochum gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu erreichen. Das Land muss entsprechend weiter handeln, in föderalstaatlicher Zusammenarbeit mit dem Bund. Für Land und Bund muss dabei die Einhaltung des Konnexitätsprinzips gelten: Wer neue Leistungen erbringt, muss auch für sie aufkommen und darf sie nicht auf die Kommunen abwälzen.

Ein starkes Bochum in einer starken Metropole Ruhr benötigt weiterhin Unterstützung dafür, kommunale Investitionen auszuweiten und es bedarf einer stärkeren Entlastung für die Finanzierung sozialer Leistungen, die deutlich gestiegen sind.

Weitere mögliche Einnahmeüberschüsse des Landes müssen auch für eine Konsolidierung der kommunalen Haushalte und eine gemeinsame Entschuldungsstrategie der öffentlichen Hände in ganz Nordrhein-Westfalen eingesetzt werden. Die Leistungen des Landes für Bochum und alle Kommunen in der Metropole Ruhr gehören auf den Prüfstand, um konkrete Vorschläge für ausgewogene und nachhaltige Leistungsverbesserungen zu erarbeiten. Leitgedanke ist dabei, dass aus guten Projekten zukunftsweisende Konzepte werden.

5.3.2 Bochum in der Bundesrepublik Deutschland

Deutschlandweit wird Bochum noch immer wahrgenommen mit seiner Vergangenheit als größte Bergbaustadt. Bochum als einen der größten Hochschulstandorte wahrzunehmen, mit Leuchttürmen, die deutschlandweit ausstrahlen, ist immer noch ungenügend verbreitet.

Bundesweite Bedeutung haben:

- acht Universitäten / Hochschulen, insbesondere die Ruhr Universität,
- das Hans-Goertz-Institut für IT-Sicherheit,
- das Deutsche Krebsregister,
- das Deutsche Bergbaumuseum,
- das Schauspielhaus, die Deutsche Shakespeare-Gesellschaft, das Figurentheater der Nation Fidenä,
- Starlight-Express,
- die Bochumer Symphoniker mit dem neuen Konzerthaus,
- der VfL Bochum,
- der Olympiastützpunkt in Wattenscheid.

Es gibt Institutionen des Bundes in Bochum

- die Knappschaft-Bahn-See

Es gibt bundesweit wichtige Unternehmen mit Sitz in Bochum

- Vonovia,
- BP/Aral Deutschland,
- Viactiv Krankenkasse,
- GLS Bank,
- G-Data,

dazu Bundesverbände wie den der Physiotherapeuten.

5.3.3 Bochum in der Europäischen Union

Bochums vielfältige Verbindungen mit einem stabilen progressiven Europa sind grundlegend für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Hierzu gehören unter anderem folgende Aspekte:

- Die in der Europäischen Union geltende Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Möglichkeit des freien Grenzüberschrittes in die europäischen Nachbarländer sind ein zentraler Bestandteil des kulturellen Selbstverständnisses einer modernen weltoffenen Lebensführung vieler Bochumerinnen und Bochumer.
- Bochum profitiert von den Wirtschaftsbeziehungen in die EU, trotz einiger problematischer Standortentscheidungen einzelner Großunternehmen. Insbesondere der Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital tragen erheblich zu Wachstum und zur Sicherung von Arbeitsplätzen auch in Bochum bei. Förderprogramme der EU sind ein wirksamer Bestandteil, die Auswirkungen des Strukturwandels in Bochum nachhaltiger zu gestalten.
- Als solidarische und weltoffene Stadt bekennt sich Bochum zu seinen Herausforderungen, Migration und Flucht menschenwürdig zu bewältigen. Die Stadt kann dabei auf ihre Geschichte gelungener Integration aufbauen. Die Gestaltung wachsender Integrations- und Inklusionsaufgaben fördert den sozialen Zusammenhalt auch der Stadtgesellschaft. Dazu ist es erforderlich, dass Bochum über die notwendigen Ressourcen verfügt, die landes-, bundespolitisch und auch von europäischer Ebene bereitgestellt werden müssen. Aus diesem Grund muss die EU ihre Austeritätspolitik überwinden, die lediglich dazu führt, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten sich kaputtsparen.
- Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips muss die EU das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen achten und stärken. Insbesondere die Kommunalwirtschaft hat im Zusammenhang mit der Sicherung einer qualitätsvollen öffentlichen Daseinsvorsorge eine zentrale Aufgabe zur Sicherung der Lebensqualität der hier lebenden Menschen. Freihandelsabkommen der EU dürfen diese Handlungskompetenzen der Kommunen in keiner Weise gefährden.
- Die Partnerschaften mit den Städten Sheffield in Großbritannien, Oviedo in Spanien, Donezk in der Ukraine leisten einen wichtigen Beitrag, in Bochum europäisches Bewusstsein zu fördern, das auf Völkerverständigung und dem friedlichen Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalitäten beruht. Der kulturelle Austausch im Rahmen der Städtepartnerschaften, bei denen die Vorteile des gemeinsamen europäischen Zusammenlebens für die Bürger konkret erlebbar und erfahrbar werden, ist daher ein wichtiges Anliegen Bochumer Kommunalpolitik. Dies ist ein wichtiger Baustein für ein stärker zusammenwachsendes soziales und demokratisches Europa.

6. Die Kommunikation über Bochum und die Metropole Ruhr

Sicher schätzen viel Bochumerinnen und Bochumer ihre Stadt. Das Image wird aber durch die Kommunikation von außen geprägt und manchmal wird es durch die Eigenkommunikation in den Städten zwischen Ruhr und Emscher negativ verstärkt. Das kann seinen Grund haben, wenn berechtigterweise die Benachteiligungen der montanindustriellen Vergangenheit durch Bund und Land NRW ausgeglichen werden sollen. Erforderlich ist einmal eine kommunalpolitische Kommunikation, die das positive

Selbstverständnis der Bochumerinnen und Bochumer stärkt, dabei auch kommuniziert wie Schwächeren solidarisch geholfen wird. Zum anderen ist eine Kommunikation nach außen erforderlich, die Bochum attraktiv machen für touristische Besuche, zum dauerhaften hier Wohnen als auch für unternehmerische investive Standortentscheidungen.

6.1 Stadtmarketing mit einem Markenkonzept für Bochum

Heute – morgen und übermorgen

Ein Entwurf zur „Bochum Strategie“ der Stadt ist veröffentlicht. Sie gründet auf dem Markenkonzept für Bochum, beruhend auf einer Imageanalyse, einem Faktencheck, Bereichsmarken und dann den in Wattenscheid Markenkern „Wissen, Wandel, Wirgefühl“ formulierend. Öffentliche Diskussionen werden der Beschlussfassung durch den Rat vorausgehen. Bochum wird dann über eine Konzeption verfügen, die das kommunalpolitische Handeln vor allem nach außen transparent macht. Ziel ist die Steigerung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Stadt. Diese Strategie ist auf längerfristige Wirkung ausgerichtet.

6.2 Bochum: liebenswert für seine Einwohner und Unternehmen

Heute – morgen und übermorgen

Komplementär zu dieser auf Außenwirkung zielenden „Bochum Strategie“ ist eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln und umzusetzen, die das positive Selbstverständnis der Bochumerinnen und Bochumer stärkt, dabei auch kommuniziert wie Schwächeren solidarisch geholfen wird. Auch diese Strategie sollte auf längerfristige Wirkung ausgerichtet sein.